

# p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG  
NR. 36 / 20. OKTOBER 23

Wir ergreifen Partei

## FÜR KLIMASCHUTZ UND VERSORGUNGSSICHERHEIT.

Am 22. Oktober SP Liste 2 in den Nationalrat,  
Daniel Jositsch wieder in den Ständerat



WIR  
ERGREIFEN  
PARTEI.



# Solarpanels installieren sich nicht von allein

SEITEN 3 - 4

WOHNEN IM ALTER

## Alternative Wohnformen für alle?

S. 16 - 17

IM GESPRÄCH

## «Unsere Demokratie funktioniert nicht»

S. 12 - 13

«ZEIT» IM KUNSTHAUS

## Das Pendel schwingt von kryptisch bis zugänglich

S. 22 - 23

## Fremd sein

Ausgehend vom griechischen Volkstrauma des Brandes von Smyrna gegen Ende des griechisch-türkischen Krieges 1922, folgt der musikalische Erzählabend «Tanz zur Tragödie» anhand eines Beispiellebens, was ein Vertriebenenschicksal über mehrere Generationen bedeutet. Der Schmerz des Verlustes und die Hoffnung auf einen Neuanfang sind nunmehr Teil einer migrantischen Seele. Un-erheblich ob als Gastarbeiterin aktiv einbestellte oder aus Sicherheitsgründen übers Meer geflüchtete Person, die Ankunft bedeutet immer Fremdsein. Diese Sofia findet eine Heimat in der Tradition des Rembetiko, der Musik des Untergrundes, die ihre Kraft auf der multiethnischen und -kulturellen Vielfalt einer vergangenen Zeit an der anatolischen Küste schöpft und das Leben feiert. Der

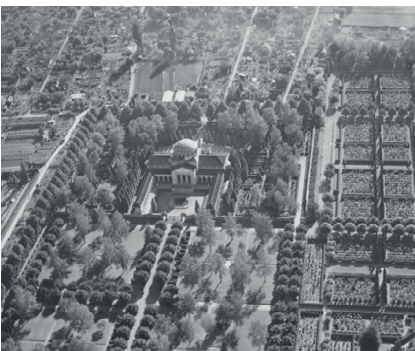


deutsche Text stammt von Boni Koller, als Oeul extérieur fungiert Nicole Knuth, den Rest besorgen griechische Lieder (teils mit Übersetzungen). *froh.*

«Tanz zur Tragödie», Fr/Sa, 20./21.10., 20h, So, 22.10., 19h, Maxim Theater, Zürich.

## Tabu brechen

Bezüglich jugendlicher LGBT-Personen ist in der wissenschaftlichen Forschung schon lange erwiesen, dass eine Suizidrate markant erhöht auftritt.



(Bild: Stadt Zürich)

Gemäss dem leitenden Psychologen des Kinderhospitals, Markus Landolt, haben sich seit der Pandemie die Suizidversuche bei allen Jugendlichen in der Folge der Einschränkungen der zurückliegenden Pandemie nahezu verdoppelt. Die Frage des Pilotprojektes «Niemand ist eine Insel», ein

szenischer Rundgang mit dem Ziel, das Thema Jugendsuizid zu enttabuisieren, ob es sich hierbei um eine individuelle Tragödie oder eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung handle, muss vor diesem Hintergrund als rein rhetorische eingestuft werden. Der Ansatz des Kollektivs «stick around» zielt neben dem Erkenntnisgewinn darauf ab, bewusst Anreize zu schaffen, darüber zu sprechen, wo sonst betroffen geschwiegen wird. *froh.*

«Niemand ist eine Insel», Sa, 21.10. bis Fr, 27.10., div. Anfangszeiten, Altes Krematorium Sihlfeld, Eingang D, Zürich. [www.stickaround.info](http://www.stickaround.info)

## Licht aus

Im Dunkeln sei gut munkeln, heisst. Was fürs Poussieren gelten mag, verkehrt sich fürs Showbusiness, selbst wenn es sich auf nur wenigen Quadratmetern Bühne abspielt, ins Gegenteil. Symbolisch für Folgen der beschlossenen Subventionsstreichung für das Theater Keller 62 inszeniert der dortige Theaterleiter Lubosch Held Hrdina die kommende Eigenproduktion «Hajm,



der Zahlenwanderer» ohne jedes Kunstlicht, also im Dunkeln. Und bittet das Publikum, mittels mitgebrachten Taschenlampen (keine Handys), Licht ins Dunkel zu bringen. Michael Scheid spielt die Lebensgeschichte des jüdischen Ungarn Paul Erdős (1913–1996) nach, der zu den bedeutendsten Mathematikern des 20. Jahrhunderts zählt und wie dieser sich auf die Suche nach dem Buch der Bücher macht, dem Werk, in dem Gott die Beweise für mathematische Sätze aufbewahrt, weil er hofft, so dem Schlamassel alias Leben Sinn abzutrotzen. *froh.*

«Hajm, der Zahlenwanderer», Di, 24. (ausverkauft) bis Di, 31.10., 20h, Theater Keller 62, Zürich.

## Hommage

Evelyne Bucher und Sabine Schaschl widmen Marguerite Hersberger (\*1943) als einer der wichtigsten konstruktiv-konkreten Künstlerinnen der Gegenwartskunst anlässlich ihres 80. Geburtstages eine Retrospektive. Das Sikart Lexikon zur Kunst in der Schweiz attestiert ihren Werken «ein auf elementare Strukturen reduziertes plastisches Werk, das innerhalb der konstruktiv-konkreten Kunst

der Schweiz einen neuen, unverwechselbaren Akzent setzt. (...) Ihre intensive Beschäftigung mit Problemen von Licht und Raum führt die Künstlerin wie von selbst zu einer nicht minder intensiven Beschäftigung mit Kunst im öffentlichen Raum.» Die chronologisch angelegte, umfassende Einzelausstellung ermöglicht Einblicke in ihre Schaffensphasen seit 1967



Marguerite Hersberger (Bild: Roland Schmidt)

und trägt einen retrospektiven Charakter. Die in Basel geborene Künstlerin lebt seit 1970 in der Stadt Zürich. *froh.*

Marguerite Hersberger: «Dem Raum Raum geben», 26.10. bis 14.1.24, Museum Haus Konstruktiv, Zürich. Vernissage: Mi, 25.10., 18h, ebenda.

## Lautgedichte

Vier Vokalist:innen – hier das Basler Ensemble «Solo Voices» bestehend aus Svea Schildknecht (Sopran), Franziska Näf (Mezzosopran), Jean-Jaques Knutti (Tenor) und Jean-Christophe Bross (Bass) – benötigt der Komponist und Regisseur Mischa Käser für sein neuestes Bühnenwerk «Suche unsterbliche Seele – zahle Höchstpreis». Musikalisch fassen diese szenischen Lautgedichte nach Gerhard Rühm und Ernst Jandl selig auf Mischa Käasers bereits früher begonnenen Musikzyklus



(Bild: solovoices.ch)

«Sterben ist gesund», dessen dritter und vierter Teil hier zu ihrer Erstaufführung gelangen. In welche Sparte jetzt das Resultat genau einzuordnen ist, drängt sich als Frage bei Mischa Käser nicht in den Vordergrund, denn das Live-Erleben bei wachem Geist und offenem Ohr wagt sich jeweils in Sphären vor, die selbst wortgewandte Artikulierer immer wieder in Erklärungsnot führen, weil hier schweigen und staunen völlig reichen. *froh.*

«Suche unsterbliche Seele – zahle Höchstpreis», Fr, 27.10., 20h, Kellertheater, Winterthur.

# Wer setzt die Klimawende unter Termindruck um?

**In der Elektro- und in der Gebäudetechnikbranche werden gerade zwei neue GAV ausgehandelt. Die Arbeitsbedingungen auf dem Bau sind schlecht, die Löhne zu tief, klagen die Gewerkschaften. Das wirft die Frage auf: Wer installiert, was wir zur Klimawende brauchen, wenn viele Fachkräfte den Job verlassen?**

Sergio Scagliola

Am 7. Oktober gingen rund 1200 Menschen in Zürich auf die Strasse und forderten mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen in der Elektro- und Gebäudetechnikbranche. Bereits im Rahmen der Verhandlung für einen neuen Landesmantelvertrag waren ähnliche Forderungen zu hören. Dieses weitere Beispiel von Unzufriedenheit der Arbeiter:innen auf dem Bau bringt Implikationen mit sich, und sie sind alarmierend. Denn ohne Zufriedenheit auf der Baustelle könnten die baupolitischen Ziele, die wir uns stecken, verfehlt werden. Oder anders: Wärmepumpen und Solarpanels sind schön und gut – solange die Fachkräfte vorhanden sind, die sie installieren. Wie lange sie das noch tun, wenn sich nichts verändert bezüglich Zeitdruck, Lohn, Überstundenkompensation oder Frühpensionierungslösungen, ist eine andere Frage.

Den letzten GAV hatten die Gewerkschaften 2020 ausgehandelt, in der Gebäudetechnik hatte das zum Beispiel eine Lohnerhöhung von einem Prozent zur Folge, bei den Elektriker:innen gab es etwa Zuschläge am Wochenende oder in der Nacht. Das hat offensichtlich nicht gereicht, um entscheidende Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen zu bewirken. Das Hauptproblem im Arbeitsalltag auf dem Bau ist weiterhin der Zeitdruck. Domenica Priore ist Sanitärinstallateurin und arbeitet seit 38 Jahren auf dem Beruf. Die Probleme sind für sie keine neuen – aber sie haben sich stetig verschlimmert: «Als ich in der Lehre war, hatte ich noch Zeit, meine Arbeit sauber zu machen. Heute ist es nur ein Gerenne. Heute kommst du am Abend heim, du hast vielleicht Familie, willst noch etwas unternehmen, aber du kannst einfach nicht mehr.» Viele hätten mittlerweile eine zweite Arbeitsstelle suchen müssen, um die Familie zu unterstützen. Minimale Zugeständnisse für besseren Lohn sind dabei nur ein Tropfen auf den heissen Stein – und überhaupt: «Wann haben wir

den letzten Teuerungsausgleich bekommen? Nie – und die Inflation galoppiert», so Priore weiter. Elektroinstallateur:innen mit EFZ verdienen nach bisherigem GAV 4500 Franken Mindestlohn, bei der Gebäudetechnik ist ein Mindestlohn mit EFZ im 3. Jahr nach Lehrabschluss mit 4300 Franken verzeichnet. Die Arbeitgeberverbände sind derweil damit beschäftigt, zum Beispiel gegenüber «cash.ch» zu erklären, die Lohnverhandlungen seien unter Dach und Fach – eine Behauptung, die Dimitri Aich von der Unia, relativiert. Das sei nicht der Fall, die Verhandlungen dauern an.

## Nicht nur der Lohn als Problem

Aber es geht nicht nur um die Vergütung, sondern um grundlegende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Domenica Priore plädiert für eine langfristige Sicht: Die Probleme seien zwar durchaus bekannt, aber was selten diskutiert werde, sind die Konsequenzen. Denn eine qualifizierte Fachperson in dieser Branche hat heute viele Gründe, den Job zu schmeissen: Wenn nicht wegen den Arbeitsbedingungen, dann zum Beispiel wegen deren Folgen. Zum Beispiel für den Körper. Gesundheitliche Probleme plagen diejenigen, die in Pension gegangen sind – ganz abgesehen von den Burnouts gebe es gravierende körperliche Konsequenzen des Arbeitsalltags: «Von den Kolleg:innen, die in Pension gegangen sind, mussten gefühlte 90 Prozent mittlerweile ein künstliches Hüftgelenk einsetzen lassen – weil die Knorpel durch sind, die Hüftpfanne ausgeleiert ist», so die Sanitärinstallateurin. Die gesundheitlichen Folgen der Arbeit auf der Baustelle stehen in Verbindung mit dem Zeitdruck. Dieser wiederum entstehe meist durch unrealistische Planung, was zu schlechteren Arbeitsbedingungen und Stress führt, wenn zum Beispiel bei der Zeit gespart wird, die ein Bau in Anspruch

nimmt. Der Fachkräftemangel verschlimmere die Situation weiter.

Silvan Röhliberger ist Elektriker und arbeitet seit seinem Lehrabschluss 2005 auf dem Beruf. Auch er und seine Kolleg:innen kennen dieselben Probleme sehr gut. Er veranschaulicht den Zeitdruck an einem Beispiel: «Der Bauleiter ruft an und sagt, heute sei der Maurer da, die Mauer stehe am Abend – ich solle doch morgen alles Elektrische verlegen, weil der Grundputz übermorgen gemacht wird. Eine Mauer braucht aber zwei Tage, bis sie ausgehärtet ist. Wenn ich die Mauer zu früh bearbeite, fällt sie zusammen.» Und auch wenn Bauchemie beigemischt wird, abgesehen davon, dass die Bausubstanz darunter leide, seien die Trocknungszeiten noch immer vom Material abhängig. Um die Probleme weiss man auf dem Bau – es scheitert aber am Gehör von oben, da sind sich Domenica Priore und Silvan Röhliberger einig. Das führt nicht nur zu Unzufriedenheit bei den Arbeiter:innen, sondern auch bei den Kund:innen der Bauunternehmen: «So verzögern sich Bauprojekte. Man verspricht den Kund:innen, ein Haus innert sechs Monaten hinzuzubauen. Eigentlich bräuchte man aber ein Jahr», so Silvan Röhliberger. Die Teuerung spielt hier wieder eine Rolle, denn sie bringt starke Preisfluktuationen zum Beispiel bei den Rohstoffen mit sich. Wenn sich also ein Bau verzögert, widerspiegelt sich das nicht nur in höheren Kosten, weil die Arbeit länger geht, somit mehr Löhne gezahlt werden müssen, sondern auch die Baumaterialkosten können massiv in die Höhe schnellen. Die Schuld sieht der Elektriker oft bei der planerischen Leitung der Bauprojekte – und bemerkt eine starke Veränderung zwischen Architekt:innen alter und neuer Schule. Das Hauptproblem sei, dass die Hochschulabgänger:innen von heute selten praktische Erfahrung auf dem Bau sammeln – und was in der Theorie

vielleicht funktioniert, werde als Fakt genommen und auf allfällige Komplexitäten und Verzögerungen im Bau, also in der Praxis, kann nur noch schlecht reagiert werden. Zudem gelangt zu wenig Information zum Projekt genug früh zu den «Buden» – und auch wenn sie sich untereinander besprechen, sind die effektiven Zeitpläne seitens Bauherrschaft dann doch viel straffer gefasst, als realistisch möglich. Ein Problem, das vielleicht von einer Demokratisierung im Ablauf profitieren würde, momentan aber die Arbeiter:innen auf der Baustelle aussen vor lässt – zugunsten von zumindest planerischer Effizienz. Respektive Profit – oder in den Worten von Domenica Priore: «Man wirtschaftet nach dem Motto: Solange ich hier bin, sahne ich ab und nach mir die Sintflut. Ich glaube aber das ist ein branchenübergreifendes Problem.»

### Zukunftsfragen

Doch was macht das mit der Branche? Und was heisst das für die Zukunft auf der Baustelle? Ob in der Gebäudetechnik oder bei den Elektriker:innen, der Frage nach dem Nachwuchs wird mit Ernüchterung entgegnet. Domenica Priore fragt gleich zurück: «Welcher Nachwuchs? Diejenigen, die heute die Lehre durchziehen, wechseln in andere Berufe, weil sie nicht das ganze Leben so arbeiten wollen. Und das verstehe ich sehr gut. Und ich merke das auch. Ich bin 56 Jahre alt – so kann ich nicht weiterarbeiten.» Auch bei Silvan Röthlisberger klingt es ähnlich, die meisten Lehrabgänger:innen verlassen nach zwei-drei Jahren auf dem Beruf die Branche. Somit müssen Fachkräfte aus dem Ausland auf die Baustelle geholt werden, was die momentane Situation vielleicht lindert, nicht aber die Zukunft einer der wichtigsten Branchen für eine Gesellschaft, die wächst, eine Stadtplanung, die verdichtet, und eine Politik, die nachhaltige Umbauten will. Ohne gute Arbeitsbedingungen kein Nachwuchs – ohne Nachwuchs niemand, der den Personalmangel ausgleichen kann – ohne Personal keine Baustellen. Und damit auch keine Klimawende. Das vielleicht interessanteste Argument der Unia-Demonstration war «Ohne uns keine Klimawende». Was haben schlechte Arbeitsbedingungen mit Netto-Null & Co. zu tun?

Silvan Röthlisberger erklärt: «Das grosse Problem ist, wenn man schlechte Arbeitsbedingungen hat, dann hat man irgendwann auch keine Arbeiter:innen mehr, die den Beruf machen wollen. Wir wollen derweil aber Solarpanels auf Dächern und Wärmepumpen installieren – wer soll das in zehn Jahren machen? Da ist es auch egal, ob der Personalmangel die Stromer, die Gebäudetechnik oder die Dachdeckerinnen betrifft. Wie stark wird das berücksichtigt?» Bei EIT.swiss, dem Berufsverband der Elektriker:innen, der übrigens auch am Verhandlungstisch mit der Unia sitzt, findet sich ein Positionspapier zum Fachkräftemangel: Darin wird erklärt, man wolle die Bildung verstärken, das Fachkräftepotenzial der Frauen nutzen sowie ältere Arbeitnehmer:innen länger im Beruf halten. Kein Wort also von den Arbeitsbedingungen – lediglich vielleicht, jegliche Regelungen, die die



Rund 1200 Elektriker:innen und Gebäudetechniker:innen gingen am 7. Oktober in Zürich auf die Strasse und forderten mehr Lohn sowie bessere Arbeitsbedingungen. (Bild: zVg, Unia)

Personalpolitik der Unternehmen einschränken, würden abgelehnt. Ob das reicht, um die Motivation wieder zurückzubringen?

Domenica Priore ist der Meinung: «Es bräuchte deutliche Verbesserungen, dass die Leute wieder zuversichtlich sind, und dass überhaupt Leute wie

**«Es bräuchte deutliche Verbesserungen, dass überhaupt Leute wieder für den Beruf begeistert werden können.»**

**Domenica Priore, Sanitärinstallateurin**

der für den Beruf begeistert werden können.» Einige Unternehmen hätten das begriffen, und von sich aus für bessere Arbeitsbedingungen gesorgt – die Norm seit das aber keineswegs. Die Unia hält auch nicht allzu viel von der PR-Strategie der Verbände: «Anstatt Unsummen in hollywoodreife Marketingkampagnen zu investieren, um junge Menschen für ihren Beruf zu gewinnen, sollten die Arbeitgeberverbände besser der Realität ins Auge sehen: Nur eine Aufwertung der Löhne und Arbeitsbedingungen wird in der Lage sein, junge Menschen anzuziehen, ihnen gute Ausbildungsbedingungen zu bieten und qualifizierte Arbeitnehmer:innen in ihrer Branche zu halten. Die Stromer:innen und die Gebäudetechniker:innen sind sich der Rolle bewusst und stolz, die sie für die gesamte Bevölkerung spielen, indem sie entscheidend an der Energiewende mitwirken. Andererseits lehnen sie es ab, dass diese auf ihrem Rücken ausgetragen wird», so Yannick Egger, Sektor Gewerbe bei der Unia.

### Bald genug Streikgründe?

In der Waadt hat man derweil die Verbesserung der Arbeitsbedingungen selbst in die Hand genommen – mit Erfolg. Nach dreitägigem Streik und Grossmobilisierung der Gewerkschaften wurde ein kantonaler GAV ausgearbeitet, der deutliche Verbesserungen festsetzte. Das hat auch hier Hoffnungen geweckt. Man ist zwar noch nicht am Punkt, an dem ein Streik eine weit verbreitete Idee wäre – aber um die Effektivität ist man sich bewusst. Das Problem sei, dass es auch an Vertrauen in die Gewerkschaften fehlt – «auf dem Bau hat man nicht verstanden, dass die Unia ohne Rückhalt auch keinen Druck aufbauen kann», so Domenica Priore. «Die Vernetzung ist auch ein Problem. Man will nicht allein streiken. Jeder sagt sich: Wenn ich das allein mache, dann verliere ich meinen Job. Deshalb muss es auch von einer Gewerkschaft geregelt werden, dass es gar keine Möglichkeit gibt für Kündigungen.»

Die Frage ist, ob minimale Zugeständnisse der Arbeitgeberverbände auch dieses Mal genug besänftigen, dass die Unzufriedenheit nicht überschwappt. Auch ist fraglich, ob es wirklich intelligent ist, einen der wichtigsten Sektoren insbesondere für die städtische Bevölkerung aus Profitinteressen so zu handhaben, dass die Fachkräfte, für die man viel Zeit für deren Ausbildung investiert hat, direkt danach wieder abwandern. Die Stromer:innen und Gebäudetechniker:innen warten derweil auf einen GAV, der wenigstens ein bisschen Entlastung bringt – und auch wenn, sind es erst zwei Berufe. Im Gerüstbau sammelt die Unia gerade per Umfrage, was in den GAV-Verhandlungen dort oben auf die Prioritätenliste soll. Die Stichwörter sind übrigens dieselben wie hier: Termindruck, Unfälle, Fachkräftemangel und Teuerung.

# Nur eine Frage des politischen Willens?

«Josef will wohnen»: So nennt sich eine Arbeitsgruppe, die in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift «Hochparterre» erklärt, dass sich auf dem 20 000 Quadratmeter grossen Josef-Areal bis zu 500 Wohnungen realisieren liessen. Tatsächlich?

Nicole Soland

Beim Josef-Areal handelt es sich um ein Grundstück im Besitz der Stadt – dort stand das unterdessen abgebrochene Kehrtheizkraftwerk Josefstrasse, und dort befindet sich auch die Zentralwäscherei, die zurzeit zwischengenutzt wird. In einem Artikel in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift «Hochparterre» ist erst mal nachzulesen, was seit längerem bekannt ist, nämlich erstens, dass sich das Areal in der Zone für öffentliche Bauten befindet, und zweitens, dass die Stadt im Hinblick auf die anstehende Entwicklung des Areals einen «partizipativen Planungsprozess nach allen Regeln der Kunst» durchgezogen habe: «Vor einem Jahr wurde schliesslich ein Entwicklungskonzept verabschiedet, das Bauvolumen, Freiräume und Nutzungen definiert und als Grundlage für die verschiedenen Architekturwettbewerbe dienen wird, die noch dieses Jahr starten sollen. Geplant sind der Ausbau des Werkhofs, ein Pflegezentrum in Kombination mit Alterswohnungen, ein Hallenbad, ein Quartierpark sowie publikumsorientierte Nutzungen.» Doch sei «keine einzige gewöhnliche Wohnung» vorgesehen – weil eben in der Zone für öffentliche Bauten Wohnnutzung nicht erlaubt sei. Dabei wäre es doch einfach, tönt es weiter im «Hochparterre»: Man müsste das Areal bloss umzonen, wie man es für das (unterdessen gescheiterte) Projekt an der Neugasse auch getan hätte. Eine solche Umzonung wäre «problemlos möglich» – es mangle bloss am politischen Willen. Und so stellt eine Arbeitsgruppe namens «Josef will wohnen» via «Hochparterre» schon mal drei Varianten vor, wie sich auf dem Areal Wohnungen realisieren liessen: «Ob konventioneller Blockrand mit Hochhaus, ob Assemblage von Würfeln, Höfen und Gärten oder ob halbrunder Hof mit zwei Hochhausscheiben – wird auf dem Josef-Areal zu Hunderten gewohnt, ist das auch ein städtebauliches Statement.»

## Wohnanteil und Zonenplan

Am 4. Oktober haben die beiden SP-Gemeinderäte Marco Denoth und Pascal Lamprecht eine schriftliche Anfrage zum Josef-Areal eingereicht. Sie halten einleitend fest, dass es sich bei diesem Areal gemäss kommunalem Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen um ein «Gebiet für verschiedene öffentliche Nutzungen und Gebiet für zusätzliche bauliche Verdichtungen» handle, «was sowohl Potenzial für bis zu 600 Wohnungen als auch für Infrastruktur-Anlagen»

biere. Weiter sei im gesamten Richtplan die «Stadt der kurzen Wege» ebenso festgehalten wie das Drittelziel, das besagt, dass mindestens ein Drittel der Wohnungen auf Stadtgebiet gemeinnützig sein soll.

Die beiden Gemeinderäte möchten vom Stadtrat unter anderem wissen, welcher Wohnanteil

## «Aufgrund des lärm-belasteten Umfeldes ist die Gebäudehöhe auf maximal 30 Meter beschränkt.»

### Entwicklungskonzept Josef-Areal

auf dem Gebiet angestrebt werde. Sie fragen auch danach, inwiefern die Arealentwicklung mittels Revision der Bau- und Zonenordnung oder via Sondernutzungsplanung, also etwa mittels eines Gestaltungsplans, vorangetrieben werden könne, «damit nebst den Infrastrukturbauten ebenfalls bis zu 600 gemeinnützige Wohnungen (inkl. Alterswohnungen) realisiert werden können».

### Entwicklungskonzept steht

Das Entwicklungskonzept fürs Josef-Areal, das im «Hochparterre»-Artikel erwähnt wird und das der Stadtrat am 6. Juli 2022 verabschiedet hat, ist auf der Webseite der Stadt Zürich aufgeschaltet, genauer auf der eigenen Projektwebseite des Josef-Areals. Im kommunalen Richtplan sei für das Josef-Areal ein Hallenbad, ein Werkhof und ein grosser Quartierpark eingetragen, steht im Konzept. Nebst der im Bau befindlichen Energiezentrale von Entsorgung und Recycling Zürich sind ein Werkhof Grün Stadt Zürich, ein Hallenbad, ein Gesundheitszentrum für das Alter, Alterswohnungen sowie Räume für die Öffentlichkeit und das Quartier eingetragen. Es gab mehrere Dialogveranstaltungen für die Menschen im Quartier und eine Testplanung.

Das Entwicklungskonzept sieht eine rund 6000 bis 7000 Quadratmeter grosse «grosszügig durchgrünte» Quartierparkanlage vor. Diese darf nicht unterbaut werden: «Mit dieser Massnahme wird ein gut alterungsfähiger Baumbestand ermöglicht.» Für einen Begegnungsort, einen Veranstaltungsraum sowie öffentlich nutzbare Foyerräume seien maximal 1000 Quadratmeter Hauptnutzflä-

che vorgesehen. Die Parkplätze für den motorisierten Individualverkehr sind im Untergeschoss eingeplant: «Aufgrund des Spannungsfeldes zwischen Grundwasser (nur ein Untergeschoss zulässig) und nicht unterbauten Bereichen für Baumpflanzungen wird das Angebot an Autoabstellplätzen stark beschränkt.» Ein zentrales Thema im Konzept ist auch der Lärmschutz: «Aufgrund des lärm-belasteten Umfeldes ist die Gebäudehöhe auf maximal 30 Meter beschränkt.» Zum Lokalklima ist nachzulesen, «das Josef-Areal wird sowohl am Tag wie auch in der Nacht schlecht durchlüftet. Aufgrund des tageszeitlich ändernden Windfeldes kann jedoch aus allen Richtungen eine schwache Durchlüftung stattfinden». Mit einer entsprechenden Stellung der Gebäude sowie offenen Durchgängen durch die Gebäude sei darauf Rücksicht zu nehmen: «Ein starkes Augenmerk erfordert insbesondere die humanbioklimatische Situation am Tag. Eine gute Durchgrünung mit einem optimal alterungsfähigen und Schatten spendenden Baumbestand ist wichtig. Im Weiteren ist auf möglichst viel unveriegelte Bodenfläche sowie auf grosszügige Fassaden- und Dachbegrünung zu achten.» Zum Netto-Null-Ziel heisst es im Konzept unter anderem dies: «Bezüglich Betriebsenergie im Hinblick auf direkte CO<sub>2</sub>-Emissionen ist das Ziel von Netto-Null CO<sub>2</sub> zu erreichen. Dies ist möglich durch eine kompakte und suffiziente Bauweise, den grossflächigen Einsatz von Photovoltaikanlagen und durch einen CO<sub>2</sub>-armen Betrieb. Für die Beheizung der Gebäude (inkl. Hallenbad) steht zukünftig fossilfreie Fernwärme zur Verfügung.»

Zusammengefasst: Nur ein Untergeschoss und nur wenige Parkplätze möglich, Gebäudehöhe maximal 30 Meter, Lärmschutz-Problematik, schwierige Durchlüftung des Areals, viel Grünraum nötig sowie eine «kompakte und suffiziente Bauweise» und nicht zuletzt die Frage, wohin denn die Kinder aus all den zusätzlichen Wohnungen in die Schule gingen, wenn die aktuelle Zone für öffentliche Bauten, die für ein Schulhaus prädestiniert wäre, fürs Wohnen genutzt wird – das alles spricht auf den ersten Blick nicht gerade für einen Ort, an dem man mittels Hochhausbauten viel zusätzlichen Wohnraum schaffen kann. Ober anders gesagt: Ob es wirklich nur eine Frage der Umzonierung und des politischen Willen ist, ob Josef dereinst hier wohnen kann? Man darf auf jeden Fall gespannt sein, wie sich diese Geschichte weiterentwickelt.

## FORUM

## Aufruf an junge Stimmberechtigte – stimmt für Eure Zukunft

Dank unserer starken direkten Demokratie geht es uns Einwohnerinnen und Einwohnern trotz öffentlicher Schere zwischen Arm und Reich im Vergleich zu anderen Nationen relativ gut. Viele Kriege und Konflikte verursachen viel Elend in der globalen Zivilbevölkerung. Pablo Picasso und andere am Weltfriedenskongress im Herbst 1949 in Paris und Prag: «Von jetzt an ist der Friede die Sache aller Völker. Kein Mensch allein und kein Land allein, wohl aber alle gemeinsam vereint, können den Frieden verteidigen und den Krieg verhindern.» Youth-fusion.org verstärkt die Stimmen der Jugend. «Während die Welt mit den Schrecken des Klimawandels, der Armut, der Ungleichheit, der Degradierung und der Gewalt auf der ganzen Welt konfrontiert ist, organisiert und verstärkt Youth Fusion die Stimmen der Jugend, die gehört und beachtet werden müssen, wenn die Welt überleben soll», Ela Gandhi, Co-Präsidentin von Religions for Peace, Enkelin von Mahatma Gandhi. Liebe junge Stimmberechtigte, bitte nehmt zum Wohle aller Menschen an diesen Wahlen teil. Im Voraus vielen Dank, Willi Herrmann, Rentner, Seewis Dorf

## IN KÜRZE

## Wahlfeiern

Der Wahlsonntag ist für die einen ein Anlass zum Feiern und für andere betrüblicher. Aber auch das Betrauern einer Niederlage geht besser gemeinsam. Die SP trifft sich ab 14 Uhr im Café Boy. Die Grünen verfolgen die Wahlen ab 16 Uhr in der Photobastei. Die Wahlfeier der AL findet ab 16 Uhr in der Mars Bar statt. Die Grünliberalen feiern passend ab 15 Uhr im Impact Hub. Die FDP trifft sich ab 17 Uhr in der Kasa Kaisin. Die EVP feiert in der Commihalle ab 17 Uhr. Die SVP feiert nicht in Zürich, sondern ab 16 Uhr im Rössli in Illnau. Die Mitte trifft sich ab 18 Uhr im Kennedy's Pub. *mlm.*

## Strafanzeige I

Der Eritreische Medienbund Schweiz und der Verein «Linke PoC» haben Strafanzeige gegen die Wahlkampagne der SVP Schweiz eingereicht. Die Kampagne der SVP verstösst laut den Klägern gegen Art. 261<sup>bis</sup> StGB, gegen den sogenannten Anti-Rassismus-Artikel. Dies gaben die beiden Organisationen am Dienstag bekannt. Laut den Organisationen versuche die SVP Schweiz mit

selektiven Berichten über Straftaten den Eindruck zu erwecken, dass Menschen «fremd wahrgenommener Ethnie und rassifizierte Menschen kriminell und gefährlich seien». Die SVP verbreite damit ein rassistisches Klima. Dies würde die Diskriminierung von Menschen, die von Rassismus betroffen seien, noch verschärfen. Die Organisationen weisen auch darauf hin, dass die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus in einem Schreiben vom 25. September an die SVP gelangt ist, um sie darauf hinzuweisen, dass ihre Kampagne den Bestimmungen des Antidiskriminierungsstrafartikels unterliegt. Die SVP reagierte darauf, in dem sie die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus angriff. Der Eritreische Medienbund und der Verein «Linke PoC» ist daher zum Schluss gekommen, dass sie eine Strafanzeige einreichen wollen. Bereits im Oktober 2019 haben der Eritreische Medienbund Schweiz und der Verein «Linke PoC» in zwei unterschiedlichen Eingaben eine rassistische Kampagne der SVP des Kantons Zürich gegen die eritreische Diaspora angezeigt. Die Straftat wird zur Zeit durch die Staatsanwaltschaft untersucht. Es gab 2017 bereits eine Verurteilung von SVP-Exponent:innen wegen einer diskriminierenden Wahlkampagne, die sich gegen Kosovar:innen wandte. *mlm.*

Reklame



Wir unterstützen  
**Daniel Leupi**

AM 22. OKTOBER  
IN DEN STÄNDERAT

DANIELLEUPI.CH



KARIN  
FEHR

Stadträtin Uster,  
GRÜNE



PRISKA  
SEILER GRAF

Nationalrätin SP



LIV  
MAHRER

Co-Präsidentin SP  
Stadt Zürich



KATHARINA  
PRELICZ-HUBER

Nationalrätin GRÜNE



SOFIA  
KARAKOSTAS

Gemeinderats-  
präsidentin Zürich, SP



MIN LI  
MARTI

Nationalrätin SP



MONIKA  
BÄTTSCHMANN

Co-Fraktionspräsidentin  
GRÜNE Stadt Zürich



CÉLINE  
WIDMER

Nationalrätin SP



KARIN  
RYKART

Stadträtin GRÜNE



SILVIA  
RIGONI

Kantonsrätin GRÜNE



JACQUELINE  
FEHR

Regierungsrätin SP



DOROTHEE  
FIERZ

Ehem. Regierungsrätin  
Kanton Zürich, FDP



VERA  
KAA

Musikerin



FIAMMETTA  
JAHREISS

Ehem. Gemeinderats-  
präsidentin Zürich, SP



RUTH  
GENNER

Ehem. Nationalrätin  
und Stadträtin Zürich



GRET  
HÄLLER

Ehem. Nationalrats-  
präsidentin



HELEN  
GLASER

Ehem. Gemeinderats-  
präsidentin SP



KATHY  
STEINER

Geschäftsleiterin  
Casafair



CHANTAL  
GAHLINGER

Lehrerin

artischok.net

## Strafanzeige II

Bereits zum dritten Mal sorgt die Anwendung von künstlicher Intelligenz im Wahlkampf für Kontroversen. Im ersten Fall hat die FDP ein durch KI generiertes Bild verbreitet, in dem sogenannte Klimakleber einen Rettungswagen blockierten. Dann verbreitete die Aargauer SP-Ständeratskandidatin Gabriela Suter auf X/Twitter ein durch KI abgewandeltes Video von FDP-Präsident Thierry Burkart in der dieser Gabriela Suter zur Wahl empfahl. Nach einer harschen Reaktion von Burkart löschte Suter das Video. Der neueste Fall: SVP-Nationalrat Andreas Glarner produzierte mit KI ein Video der grünen Nationalrätin Sibel Arslan. Unter dem Titel «Wenn Sibel Arslan ehrlich wäre» rief Arslan darin auf, alle kriminellen Türken auszuschaffen und die SVP zu wählen. Die Parteipräsidenten von SP, Grünen, Mitte, GLP, EVP und FDP veröffentlichten eine gemeinsame Stellungnahme, in der

### POLITAGENDA

#### Sonntag, 29. Oktober

16.30h, Volkshaus, Gelber Saal, Stauffacherstrasse 60, Zürich

**Tearing Walls Down – Mauern niederreißen.** Dokumentarfilm mit anschliessendem Gespräch

Menschen, die gegen die Politik der Gewalt, Hetze und Repression in der Türkei kämpfen, werden verfolgt und eingesperrt. Der Dokumentarfilm portraitiert drei gefangene Politikerinnen, die sich für eine demokratische und gerechte Gesellschaft eingesetzt haben und weiter einsetzen – gegen die Herrschaft einer rechtsextremen, religiös-nationalistischen Regierung.

Nach dem Film sprechen wir mit Evin Kışanak, Tochter der gefangenen Gültan Kışanak, und Sibel Yiğitalp, kurdische Politikerin im Exil

Organisiert vom Brückenschlag Zürich – Amed/Diyarbakir

### IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

**Herausgeber:** P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

**Druck:** CH Media Print AG, St. Gallen.

**Redaktion:** Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

**Mitarbeit:** Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

**Inserate/Abos:** Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2  
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

**Abopreis:** Fr. 230.– (Gönner:innen: ab 300.–), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.–, www.loopzeitung.ch

sie das Vorgehen verurteilten: «Seit einigen Tagen zirkulieren Videos von Parlamentsmitgliedern, die Persönlichkeitsrechte anderer Parlamentsmitglieder in krasser Weise missachten. Solche Methoden gehören nicht zur Schweizer Demokratie. KI-generierte Videos, die die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Personen auf unlautere Weise missachten, akzeptieren wir nicht. Einen solchen Umgang unter Parlamentsmitgliedern tolerieren wir nicht.» Bereits früher hatten sich SP, Grüne, GLP, Mitte und EVP auf einen Kodex zum Umgang mit künstlicher Intelligenz im Wahlkampf geeinigt. Darin hielten sie fest, dass KI nicht für einen negativen Wahlkampf verwendet werden darf. FDP und SVP haben den Kodex nicht unterschrieben. Sibel Arslan hat aufgrund des Videos Strafanzeige eingereicht und beim Zivilgericht Basel-Stadt eine superprovisorische Verfügung erwirkt, die angeordnet hat, dass das gefälschte Wahlvideo nicht mehr gezeigt werden darf. Der auf Datenschutz spezialisierte Anwalt Martin Steiger meinte gegenüber der Aargauer Zeitung: «Dieses Video bedeutet eine schwerwiegende Verletzung der Persönlichkeitsrechte von Sibel Arslan.» Zudem könnte zum ersten Mal der neu geschaffene Straftatbestand Identitätsmissbrauch zur Anwendung kommen. Der neue Artikel 179decies, der im Rahmen der Datenschutzgesetzgebung geschaffen wurde, lautet wie folgt: «Wer die Identität einer anderen Person ohne deren Einwilligung verwendet, um dieser zu schaden oder um sich oder einem Dritten einen unrechtmässigen Vorteil zu verschaffen, wird auf Antrag mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bestraft.» *mlm.*

## Menschenhandel

Die Plattform Traite hat am Mittwoch bekannt gegeben, wie sich die Zahl der Opfer von Menschenhandel im Jahr 2022 entwickelt hat. Das Fazit von Anna Schmid, der Koordinatorin der Plattform Traite: «Noch nie haben sich so viele mutmassliche Opfer von Menschenhandel an die spezialisierten Opferberatungsstellen der Plattform Traite gewandt.» Im Laufe des Jahres 2022 haben sich 324 Personen hilfesuchend an die vier Fachstellen gewandt oder wurden von Partnerorganisationen oder Behörden an diese verwiesen, weil ein Verdacht auf Menschenhandel bestand. Von diesen Personen konnten 177 als Opfer von Menschenhandel identifiziert werden. Die restlichen Fälle wurden Opfer von anderen Formen von Gewalt und Missbrauch oder konnten nicht abschliessend abgeklärt werden. Insgesamt wurden 450 Opfer von Menschenhandel beraten. Ein grosser Teil der Betroffenen sind Frauen, aber die Zahl der Männer, die als Opfer von Menschenhandel identifiziert werden, nimmt stetig zu (2019: 11%, 2020: 14%, 2021: 19%, 2022: 23%). Die Ausbeutungsformen und Zwangssituationen unterscheiden sich allerdings erheblich. Die Opfer kamen aus 60 verschiedenen Ländern: Die häufigsten Herkunftsländer der neu identifizierten Opfer waren Ungarn, Brasilien, Kolumbien und Rumänien.

36% der Opfer stammen aus afrikanischen, 32% aus europäischen, 16% aus lateinamerikanischen und 16% aus asiatischen Ländern. Gestiegen sind die Zahl der Fälle, in denen Menschen Opfer von Menschenhandel geworden sind, um ihre Arbeitskraft auszubeuten. Diese findet vor allem in Privathaushalten, in der Gastronomie und im Baugewerbe statt. Die Zunahme an aufgedeckten Fällen von Menschenhandel zwecks Ausbeutung der Arbeitskraft ist auch das Ergebnis der Sensibilisierungsarbeit, die die Fachstellen betreiben. Dennoch brauche es weitere Massnahmen. Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft wird selten gerichtlich verurteilt und es sei für die Opfer schwierig, Zugang zu einer sicheren Aufenthaltsbewilligung sowie zu Schutz und zu Rechten zu erhalten, die ihnen die Konvention des Europarats zur Bekämpfung von Menschenhandel eigentlich gewährt. Die Plattform Traite fordert daher, dass die Opfer Zugang zu spezialisierter Begleitung, angemessener und sicherer Unterkunft sowie eine sichere Aufenthaltsbewilligung erhalten. Um gewährleisten zu können, dass Opfer von Menschenhandel betreut werden können, seien die Beratungsstellen auch auf ausreichende Ressourcen angewiesen. *mlm.*

## Keine Kundgebungen bewilligt

Stadträtin Karin Rykart (Grüne) wird für diese Woche keine Gesuche für Demonstrationen und Kundgebungen bewilligen, die im Zusammenhang mit dem Konflikt im Nahen Osten stehen. Dies gab das Sicherheitsdepartement am Mittwoch bekannt. Für Stadträtin Karin Rykart sind die Grundrechte ein sehr hohes Gut, so auch die versammlungsmässig geschützte Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Einschränkungen seien aber zulässig, wenn die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet sind. Die Stadt- und Kantonspolizei beurteilen laufend die Sicherheitslage in der Stadt und im Kanton Zürich. Im Zusammenhang mit dem Konflikt im Nahen Osten stützen sie sich auch auf Beurteilungen des Nachrichtendienstes des Bundes. Der Entscheid, keine Kundgebungen zu bewilligen ist aufgrund dieser Einschätzungen sowie der Rücksprache mit den Städten Basel und Bern erfolgt. Ob Demonstrationen und Kundgebungen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt kommende Woche wieder bewilligt werden können, wird aufgrund der aktuellen Lage in der kommenden Woche neu beurteilt. Die Nichtbewilligung von Kundgebungen wird von Rechtsprofessor:innen kritisiert. Helen Keller, Professorin der Universität Zürich, sagt gegenüber «20Minuten»: «Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sagt ganz klar, dass ein generelles Verbot von Versammlungen nur in Ausnahmefällen genehmigt werden darf.» Das Verbot ist laut der Staatsrechtlerin nur dann zulässig, wenn die Behörden darlegen können, dass das Gewaltpotenzial so hoch ist, dass es nicht mehr möglich ist, die Demonstrationsteilnehmenden und Dritte ausreichend zu schützen. *mlm.*

Les Vignes  
EST. 2015

am Idaplatz  
Idastrasse 50  
8003 Zürich

Nachhaltiger Weingenuß  
ab 26. Oktober auch am Idaplatz.

Degustiere unsere Weine:

26. Oktober 14 - 18.30 Uhr  
27. Oktober 12 - 18.30 Uhr  
28. Oktober 11 - 17 Uhr

Freitag, 27. Oktober 16 - 18 h  
Winzerdegustation mit Carolin Riffel  
aus Rheinhessen. Komm vorbei!

6 Wochen  
nach Erschei-  
nen alles lesen.

PSZEITUNG.CH/ARCHIV

p.s.  
DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG

## OPER THEATER KONZERT

Werben auch Sie hier für Ihre Veranstaltung:  
kulturmagnet.live

### OPERNHAUS ZÜRICH

044 268 66 66, opernhaus.ch

Fr 20. Okt, 19.00, Opernhaus

#### Walkways

Ballett mit Choreografien von Wayne  
McGregor, Cathy Marston und Jerome  
Robbins

Sa 21. Okt, 19.00, Opernhaus

#### La Rondine

Commedia lirica von Giacomo Puccini

So 22. Okt, 14.00 / 20.00, Opernhaus

#### Walkways

Ballett mit Choreografien von Wayne  
McGregor, Cathy Marston und Jerome  
Robbins

17.15, Opernhaus

KINO: Springtime in Amsterdam

### THEATER

### SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

044 268 77 77, schauspielhaus.ch

Fr 20. Okt, 20.00, Pfauen. **Johanna** nach  
Die Jungfrau von Orleans von Friedrich  
Schiller. *Premiere*

Sa 21. Okt, 20.00, Pfauen. **jetzt, jetzt, jetzt**  
von Yunus Ersoy, Suna Gürlü, Lucien  
Haug, Alina Immoos & Ensemble

So 22. Okt, 15.00, Pfauen. **jetzt, jetzt, jetzt**  
von Yunus Ersoy, Suna Gürlü, Lucien  
Haug, Alina Immoos & Ensemble

### THEATER AM HECHTPLATZ

044 415 15 15, theaterhechtplatz.ch

Fr 20. - So 29. Okt, Mi-Sa 19.30 /

So 18.00. **tick, tick... BOOM!**

Di 24. Okt, 19.30. **Andreas Langsch**

Mi 25. Okt, 14.00. **Die kleinste Gabel der**

**Welt** Kindervorstellung

### KONZERT

### TONHALLE-ORCHESTER ZÜRICH

044 206 34 34, tonhalle-orchester.ch, Tonhalle Zürich

Fr 27. Okt, 19.30, TZ

**Jugend Sinfonieorchester Zürich**  
David Bruchez-Lalli, Leitung

Pärt, Mahler

So 29. Okt, 11.15, TZ

**Literatur und Musik** Hendrik Heilmann,  
Klavier; Anna Rosenwasser, Einführung;  
Alicia Aumüller, Lesung  
Pejačević, Liszt, A. Schwarzenbach

Mo 30. Okt, 19.30, TZ

**Maurizio Pollini** Klavier  
Schönberg, Nono, Chopin

### ZÜRCHER KAMMERORCHESTER

+41 44 552 59 00, zko.ch

Di 31. Okt, 19.30, Tonhalle Zürich

**LUCAS DEBARGUE - Klavierkonzert**  
Werke von W. A. Mozart und M. Magin

Die kleine Zeitung  
mit den spitzen Federn.

PSZEITUNG.CH/ABO

p.s.  
DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG



# Warum Nichtwähler nicht wählen

Die letzten Wahlumfragen sind publiziert, die letzten Flyer werden verteilt. Der Wahlkampf neigt sich dem Ende zu. Wenn sich das Resultat der Umfragen bewahrheitet, dann kann die SVP zulegen, die Mitte und die FDP kämpfen um den dritten Platz, die Grünen verlieren stark, die GLP leicht und die SP kann sich dafür über leichte Zugewinne freuen. Das Problem: Die SP kann laut Umfragen nur einen Teil der Stimmen kompensieren, die den Grünen verlustig gehen. Wohin gehen also die Stimmen? Zu einem nicht unwesentlichen Teil an die Nichtwähler:innen. Selbst wenn die SP alle Stimmen gewinnt, welche die Grünen verlieren, wäre es nur ein Nullsummenspiel. Das linksgrüne Lager wird nicht grösser. Es liegt auf der Hand: Wo das Potenzial liegt, wenn man den Kuchen vergrössern und nicht bloss neu verteilen will. Bei jenen also, die nicht wählen gehen.

Wer sind also diese Nichtwählenden und wie ticken sie? Dazu gibt es ganz unterschiedliche Befunde und Thesen. Die eine ist, dass sich die Nichtwähler:innen kaum von den Wähler:innen unterscheiden in ihrer Wahlpräferenz. Dies schreiben die Politolog:innen Adrian Vatter und Rahel Freiburghaus in ihrer Wahlkolumne im «Tages-Anzeiger» mit Verweis auf die Wahlauswertungsdaten der Selects-Studien. Die Schweiz sei auch wegen der direkten Demokratie und dem Konkordanzsystem ein Sonderfall. Wahlen haben keine oder nur geringe Auswirkungen auf die Regierungskoalition, es ist nicht wie in einem System mit Regierung und Opposition, wo eine Wahl alles verändern kann. Und die Stimmbevölkerung kann in Abstimmungen ihre Haltung zu Sachvorlagen ausdrücken und damit in wesentlichen Fragen mitbestimmen und dies nicht nur alle vier Jahre bei den Wahlen. 2019 lag die Wahlbeteiligung bei 45,1 Prozent. Als 2021 über das Covid-Gesetz abgestimmt wurde, lag die Stimmbeteiligung bei 65,75 Prozent. Gewisse Leute nehmen also situativ an Abstimmungen teil, die bei den Wahlen eher der Urne fern bleiben.

Die beiden Politologen Matthias Fatke und Markus Freitag identifizieren 2015 verschiedene Typen von Nichtwählenden. Die grösste Gruppe innerhalb der Nichtwählenden seien die Zufriedenen, aber Desinteressierten. Diese sind zufrieden mit der Demokratie und haben Vertrauen in die Institutionen, aber sie interessieren sich einfach nicht gross für Politik. Im Gegensatz zu den Desinformierten sind die Inkompetenten unzufrieden mit der Politik. Sie haben auch im Vergleich ein tieferes Bildungsniveau und tieferes Einkommen. Als Grund, nicht wählen zu gehen, geben sie an, dass sie Politik als zu kompliziert empfinden und die Kandidierenden nicht kennen. Ähnliche Gründe gibt die nächste Gruppe, die Fatke und Freitag als die sozial isolierten Nichtwählenden bezeichnet,

an. Sie kennen die Kandidierenden nicht und haben wenig Vertrauen in die Politik. Zudem führen sie kaum politische Diskussionen in einem sozialen Umfeld. Die nächste Gruppe sind die Politikverdrossenen. Sie haben wenig Interesse, konsumieren keine Nachrichten und wissen auch wenig über politische Zusammenhänge. Aber sie haben hohe Unzufriedenheit mit der Demokratie und ein grosses Misstrauen den politischen Institutionen gegenüber. Dann folgt die Gruppe, die Vatter und Freiburghaus angesprochen haben: Nämlich die abstimmenden Nichtwähler. Diese sind politisch interessiert, finden aber Abstimmungen schlicht wichtiger als Wahlen. Die kleinste Gruppe innerhalb der Nichtwählenden nennen Fatke und Freitag die unkonventionell Partizipierenden. Diese sind politisch interessiert und aktiv, aber nicht innerhalb des konventionellen politischen Systems, also beispielsweise in Bürgerinitiativen. Fatke und Freitag konstatieren daraus, dass nicht alle Nichtwählenden politverdrossen sind, sondern dass Wahlabstinenz in gewissen Fällen auch ein Ausdruck der Zufriedenheit sein kann.

Mit dem unbekanntem Wesen des Nichtwählers setzten sich auch Studien der deutschen Bertelsmann-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung auseinander. Laut der Studie der Bertelsmann-Stiftung seien es vor allem sozial Benachteiligte, die ihr Wahlrecht nicht ausübten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hat zwei detaillierte Studien zu den Einstellungen von Nichtwählenden durchgeführt. Dabei stellt sich natürlich die Frage, ob mit den Studien auch die tatsächlichen Nichtwählenden erreicht werden. Zum einen gibt es jene, die zwar angeben, dass sie wählen, aber es dann nicht wirklich tun. Jeder, der schon vor den Wahlen Flyer verteilt hat, kann bestätigen, dass die behauptete Wahlbeteiligung auf der Strasse niemals mit der echten übereinstimmt. Zum zweiten sind jene Nichtwählenden, die aus Abneigung gegen das politische System wahlabstinent bleiben, wohl weniger bereit, an einer Wahlumfrage teilzunehmen. Zudem nehmen auch sozial schlechter gestellte Menschen seltener an Umfragen teil als Gutverdienende. Die beiden FES-Studien haben daher zusätzlich zu jenen, die sagen, dass sie nicht an der Wahl teilnehmen, auch die Unentschlossenen untersucht, also jene, die noch nicht wissen, ob sie wählen werden. Interessanterweise unterschieden sich in den FES-Studien die erklärten Nichtwähler und die Unentschlossenen sozioökonomisch nicht so entscheidend von den Wähler:innen, auch wenn der Anteil an Personen mit hohem Einkommen kleiner ist. Auch der Anteil prekär Beschäftigter und Arbeitsloser ist nicht wesentlich grösser. Die Nichtwählenden und Unentschlossenen sind im Schnitt etwas jünger, sie sind eher weiblich und sind eher konfessionslos. Ein grosser Unterschied zu den Wählenden be-

steht in der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Perspektive und jener des Landes. Hier sind wesentlich mehr der Meinung, dass diese schlecht ist und mehr fühlen sich durch die wirtschaftliche Lage bedroht. Die Meinung der Nichtwähler:innen über die Politik ist nicht sonderlich positiv: Sie haben mehrheitlich nicht das Gefühl, dass sie einen Einfluss hätten, dass die Politik Probleme lösen kann und glauben, dass Politiker:innen vor allem auf den eigenen Vorteil bedacht sind. Das ist auch bei den Unentschlossenen so, aber in einem etwas geringerem Ausmass. Interessanterweise ist dennoch die Mehrheit der Meinung, dass die deutsche Demokratie im Grossen und Ganzen gut funktioniert. Die FES-Studien stellten auch eine grössere Affinität zu rechtspopulistischen Einstellungen fest, wie beispielsweise Misstrauen gegen Demokratie oder Fremdenfeindlichkeit oder Zu-

## Nichtwählende beurteilen die persönliche und die allgemeine wirtschaftliche Lage schlechter.

spruch zu Law-and-Order. Die Nichtwähler:innen neigen auch eher zu neoliberalen Haltungen, wie einer Zustimmung zu Aussagen, wonach jemand selber schuld ist, der sich zuwenig gut verkaufen kann oder wer zu wenig wagt. Das heisst, sie setzen mehr auf den Wettbewerb zwischen Individuen, auf Erfolg durch Selbstoptimierung sowie auf eine ökonomistische Werthaltung, die Menschen nach ihrer Nützlichkeit bewertet. Es ist daher nicht erstaunlich, dass die Nichtwähler:innen am ehesten der AfD zusprechen und diese dort tatsächlich Wählerpotenzial hat.

Ich habe jahrelang nicht verstanden, warum man nicht wählen geht, warum man sich nicht für Politik interessiert. In der Häufung der Krisen und schlechten Nachrichten kann ich aber manchmal den Wunsch verstehen, sich aus dieser schlechten Welt in eine heile und vor allem apolitische Welt zu flüchten. Ohne Glauben und Hoffnung, dass Probleme gelöst und eine bessere Zukunft möglich ist, kann man auch aufhören, Politik zu machen. Nur wird es dann aber ganz garantiert nicht besser.



Min Li Marti

## Autofreies Bauen soll zum Standard werden

Die momentanen Bestimmungen in der städtischen Parkplatzverordnung verlangen hohe Hürden für Bauherrschaften, ihre Vorhaben für eine autoarme oder autofreie Nutzung zu realisieren. Es braucht einen Grundbucheintrag, es muss ein aufwändiges Mobilitätskonzept erstellt werden, welches den Bewohner:innen verschiedene Goodies anbietet, und es muss ein Controlling aufgezogen werden, das über den gesamte Lebensdauer des Gebäudes aufrechterhalten werden muss. Weil sich nur Idealisten bemühen, diese Hürden zu nehmen, werden bei fast allen Neubauten grosszügige Tiefgarageanlagen erstellt, die in mehrfacher Hinsicht der Umsetzung der klimapolitischen und ökologischen Zielsetzungen der Stadt Zürich im Wege stehen.

Um diese Zielsetzungen zu erreichen, muss die Automobilität deutlich reduziert werden. Der Trend der letzten Jahre, dass immer mehr Haushalte in der Stadt kein Auto besitzen, wird sich fortsetzen. Es wird also viel klimaschädlicher Beton verbaut, um eine Infrastruktur zu bauen, die wir nicht mehr brauchen werden, oder nicht mehr brauchen werden können. Der übliche Bau von Tiefgaragen unterhalb von Flächen, welche oberirdisch nicht bebaut sind, verunmöglicht im übrigen die Bepflanzung mit grossen Bäumen, welche ein wichtiges Element der Hitzeminderung und der Biodiversitätsförderung sind. Gleichzeitig decken die Mieten für die Tiefgaragen-Abstellplätze deren Bau- und Unterhaltskosten nicht; diese werden teilweise auf die Wohnungs- und Geschäftsmieten abgewälzt. Im Fall von Bestandeserweiterungen, zum Beispiel Dachaufstockungen, sind im städtischen

Raum aufgrund der Bauweise des Bestandes die Bedingungen der aktuellen Verordnung praktisch nicht zu erfüllen. In der Folge wird auf Aufstockungen verzichtet, oder aber ein Ersatzneubau mit einer Tiefgarage geplant. Auf diese Weise erschwert die Parkplatzverordnung in ihrer aktuellen Form den umwelt- und sozialpolitisch sinnvollen Erhalt bestehender Bausubstanz.

Um diese Problemstellungen anzugehen, hat die Alternative Liste im Januar 2023 eine Motion eingereicht (GR-Nr. 2023/6), mit der wir den Stadtrat auffordern, eine Gesetzesänderung vorzulegen, welche die bürokratischen Hürden für Bauprojekte wesentlich reduziert und es den Bauherrschaften massgeblich erleichtern soll, auf diese klimaschädlichen Investitionen zu verzichten. Es soll für sie wenigstens so einfach sein, ein autoarmes Projekt zu bauen, wie eines, das neue Autoabstellplätze schafft. Der Stadtrat lehnt die Motion aus rechtlichen Gründen ab, sie stehe im Widerspruch zum Paragraphen 242 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes. Dieser legt den Grundsatz fest, dass Motorwagen nicht im öffentlichen, sondern im privaten Raum parkiert werden sollen, und dass deshalb bei Bauprojekten Abstellplätze in genügender Zahl zu erstellen seien. Um diesen sinnvollen Grundsatz geht es in der Motion aber nicht, sondern eher um die Frage, was «genügend» heisst. Das Planungs- und Baugesetz hält explizit fest, dass die Gemeinden bei der Bemessung der vorgeschriebenen Anzahl Parkplätze sich den örtlichen Gegebenheiten (insbesondere der Erschliessungsqualität

mit dem Öffentlichen Verkehr) sowie der Nutzung der Baute anpassen müssen. Wenn also ein Wohnhaus erstellt werden soll für Bewohner:innen, die bewusst auf den Gebrauch des Autos verzichten, dann heisst «genügend» eben, dass nur sehr wenige bis gar keine Abstellplätze erstellt werden müssen. An dieser Rechts-situation muss nichts geändert werden.

Geändert werden müssen nur die von der Stadt Zürich selbst aufgestellten und eingangs beschriebenen Vorgaben, welche solche Bauprojekte erfüllen müssen. Da diese Vorgaben einzig dem Zweck dienen, dass die Bewohner:innen nicht ein Fahrzeug dauerhaft im öffentlichen Raum abstellen, sind sie unverhältnismässig. Denn dieses Ziel lässt sich viel einfacher erreichen, etwa indem den Bewohnern eine Blaue-Zone-Karte verweigert wird. Und genau dies ist im Artikel 17 der neuen Parkkartenverordnung, welche der Stadtrat am 12. Juli dem Gemeinderat vorgelegt hat, auch bereits festgelegt. Die Beratung der Motion im Gemeinderat ist für den 25. Oktober traktandiert. Ich wünsche mir, dass der Gemeinderat sich nicht wie der Stadtrat hinter nicht

vorhandenen kantonalen Vorschriften zu verstecken versucht.



Michael Schmid,  
Gemeinderat AL

Die AL erhält von P.S. in der Rubrik «Meh Biss» jeden dritten Freitag im Monat eine Plattform für ihre Themen.

Cartoon by Roman Prelicz

© Roman Prelicz, kunstundkommerz@mac.com



## Wahlkampf – warum?

Die letzten Monate standen in der Schweizer Politik ganz im Zeichen des Wahlkampfes. Überall lächeln uns Kandidat:innen für Stände- und Nationalrat an, überall sind Wahlslogans zu lesen, und in den sozialen Medien sieht man alle möglichen Videos – von informativ über sympathisch bis hin zu mehr oder weniger lustig. Auch in der JUSO waren wir in den letzten Monaten vor allem mit Wahlkampf beschäftigt – abgesehen davon, die Initiative für eine Zukunft fertig zu sammeln (falls noch nicht unterschrieben, möglichst schnell machen!). Wahlkampf ist ressourcenintensiv: Wir haben geplant, gebastelt, Nachrichten verfasst und verschickt, Flyer und Plakate verteilt, Texte geschrieben und so weiter. Angesichts dessen, dass die JUSO keine Chance auf einen Sitz hat, stellt sich die Frage, warum wir überhaupt Wahlkampf betreiben. Warum investieren wir sowohl die zeitlichen als auch die finanziellen Ressourcen, wenn scheinbar nichts dabei herauspringt?

Das liegt daran, dass nicht nichts dabei herauspringt. Klar, wir wer-

### Wenn wir Enteignungen fordern, dann wirkt die Forderung nach einem Vorkaufsrecht gar nicht mehr so radikal.

den unseren Erfolg nicht an einem Sitz im Nationalrat messen können, aber unser Wahlkampf ist dennoch wichtig.

Erstens wegen der Stimmen, die wir erhalten. Das ist natürlich intern und für uns als Kandidierende wichtig – es zeigt uns, dass wir Menschen erreichen und motiviert uns weiter-

zukämpfen. Darüber hinaus ist es aber auch für die SP relevant: Denn unsere Stimmen werden durch die Unterlistenverbindung direkt an die SP gehen – und damit vielleicht das Zünglein an der Waage sein. Ausserdem können wir als junge, radikale und queere Menschen genau diejenigen abholen, die andere linke Parteien nicht erreichen. Wir können Menschen dazu bewegen, wählen zu gehen, die vielleicht sonst gar nicht wählen würden, und retten so linke Stimmen, die sonst verloren gingen. Damit leisten wir unseren Beitrag gegen einen Rechtsrutsch und verhindern vielleicht, dass Menschen der institutionellen Politik komplett den Rücken kehren.

Zweitens ist unser Wahlkampf wichtig aufgrund unserer dezidierten Stimme. Wir sprechen Themen an, die sonst untergehen würden: Keine der grossen Parteien setzt sich konsequent und lautstark für die körperliche Selbstbestimmung von trans Menschen ein, gegen Faschismus oder für radikalen Antirassismus. Hier ist unsere Stimme gefragt, denn wir stellen uns gegen den rechts geprägten Diskurs und zeigen Alternativen auf. Auch in Themen, die von anderen Parteien, einschliesslich der SP, behandelt werden – wie das Thema Wohnen – können wir mit einem radikaleren Ansatz eine Verschiebung des Diskurses zu unseren Gunsten bewirken. Denn wenn wir Enteignungen fordern, dann wirkt die Forderung nach einem Vorkaufsrecht gar nicht mehr so radikal.

Dies sind also zwei Gründe, warum wir Wahlkampf betreiben – auch wenn niemand von uns in den Nationalrat gewählt wird. Es gibt viele weitere Gründe dafür, doch im Kern geht es schliesslich darum, die Schweiz sozialer, feministischer und umweltfreundlicher zu gestalten. Und Wahlen sind ein zentraler Faktor dabei.



Wanda Siegfried,  
Mitglied der JUSO Stadt Zürich

## Das Kuchen-Dilemma

Zehn Kinder sitzen um einen Tisch. In der Mitte steht ein grosser Schokoladenkuchen. Die Kinder haben ihn gemeinsam gebacken. Die einen haben den Zucker gewägt, die anderen haben den Teig geknetet und ein Kind hat das Rezept vorgelesen. Der Kuchen ist gross genug, damit alle am Ende satt werden, er ist jedoch nicht genug gross für die Gier der Kinder. Jedes Kind möchte sich das grösste Stück abschneiden. Wie lösen sie das Dilemma?

Das Kind, welches das Rezept vorgelesen hat, sagt, es habe das Recht zu schneiden und die Stücke zu verteilen, da es auch die Zutaten für den Kuchen koordiniert hatte. Doch die anderen Kinder kreischen «Nein!», und es entsteht ein Tumult. Da macht das Kind, das den Teig geknetet hat, einen Vorschlag: «Zuerst schneidet ein Kind den Kuchen, die anderen Kinder dürfen dann der Reihe nach wählen, welches Stück sie bekommen. Als letztes wählt das Kind, das den Kuchen geschnitten hat. Die anderen Kinder sind einverstanden, denn: Das Kind, das den Kuchen schneidet, wird möglichst gleichmässig schneiden, sodass es am Ende ein gleich grosses Stück wie die anderen Kinder übrig hat.

Wie sieht das Ganze in der realen Welt der Erwachsenen aus?

Auf der Ebene der Unternehmen ist es meistens das Management, das über die Verteilung der Kuchenstücke entscheidet. Ich brauche nicht zu sagen, wo die höchsten Löhne gezahlt werden. Das Management handelt dabei in Aktiengesellschaften nicht nur für sich selbst, denn die Aktionär:innen haben auch eine gewisse Macht und wollen auch Kuchen haben. Welche extremen Auswirkungen diese Diktatur hat, sehen wir im globalen Süden, wo unzählige Menschen zu Hungerlöhnen Rohstoffe für den grossen Kuchen besorgen. Dort kommt es zu Kinderarbeit, tödlichen Arbeitsunfällen, aber auch

in der Schweiz lassen sich die negativen Auswirkungen beobachten.

Aber wie können wir diese Diktatur der Besitzenden und ihren Managern in eine Demokratie umwandeln? Ein vernünftiger Vorschlag dafür hat der schwedische Gewerkschaftsbund LO schon im Jahre 1976 ausgearbeitet. Firmen werden verpflichtet, jedes Jahr mit 20 Prozent ihrer Gewinne Anteilsscheine zurückzukaufen. Diese Anteilsscheine werden einer demokratischen Arbeitnehmer:innenorganisation übergeben. Nach 20 bis 40 Jahren haben in allen Unternehmen die Arbeitnehmer:innen die Mehrheit. Ab dem Zeitpunkt entscheiden sie demokratisch, wie die Kuchenstücke verteilt werden. Sie bestimmen die Arbeitsbedingungen, welche Politiker:innen unterstützt werden und was für Kuchen das Unternehmen

### Für einen solchen Wandel organisieren wir uns in Gewerkschaften, Parteien und Bewegungen. Gemeinsam und vereint schaffen wir das! Denn die Macht gehört uns Menschen.

in Zukunft bäckt. Für einen solchen Wandel organisieren wir uns in Gewerkschaften, Parteien und Bewegungen. Gemeinsam und vereint schaffen wir das! Denn die Macht gehört uns Menschen.

Eines hab ich noch vergessen: Junge Grüne Liste 10 in den Nationalrat wählen und das Kuvert am Sonntag ins Stimmlokal bringen.



Yves Henz, Nationalratskandidat Junge Grüne,  
Gemeinderat Stadt Zürich

# Die unbequeme Wahrheit: «Unsere Demokratie funktioniert nicht»

**In keinem anderen Land wird die Demokratie so direkt gelebt wie in der Schweiz. Das macht sie einzigartig und lebendig, aber nicht für alle: Ausländer:innen, Menschen mit Behinderung, Minderjährige – viele Menschen, die in der Schweiz leben, dürfen politisch nicht mitreden. Welche Folgen das für unser System haben kann, beurteilt Demokratie-Aktivist Daniel Graf im Gespräch mit Noëmi Laux. Eine Bestandsaufnahme anlässlich der Wahlen.**

*Wenn die Schweizer Demokratie eine Note bekäme. Welche würden Sie ihr geben?*

Daniel Graf: Da erwischen Sie mich gleich bei der ersten Frage auf dem falschen Fuss. Ich halte wenig von Noten.

*Dann frage ich anders: Wie geht es der Schweizer Demokratie?*

Wenn ich keine Noten geben muss, sondern eine Gesamtbeurteilung, dann würde ich sagen, dass wir eine sehr lebendige Demokratie haben, die aber unglaublich viele Menschen ausschliesst. Mich fasziniert an der Schweiz, dass sie ein grossartiges Demokratielabor ist. Wir haben viele verschiedene Orte auf kantonaler, kommunaler und nationaler Ebene, wo Demokratie ganz unterschiedlich gelebt wird, mit anderen Instrumenten, mit anderem Verständnis, mit anderen Traditionen. Problematisch finde ich, dass wir in der Schweiz eine starke rechtspopulistische Partei haben, die unsere politische Agenda dominiert.

*Sie sprechen von der SVP.*

Genau. Die SVP ist eine Partei, die vorgibt, die einfachen Leute zu unterstützen, gleichzeitig aber mit den Banken auf Kuschkurs ist. Das ist nur möglich, weil sie gut vernetzt ist und eine breite Lobby hinter sich hat, die sie finanziert – ein Widerspruch, der nur schwer zu ertragen ist.

*Die SVP ist nicht die einzige Partei, die von wirtschaftlich orientierten Interessensgruppen unterstützt wird.*

Sie sagen es und das ist ein grosses Politikversagen. Unsere Demokratie ist super, aber sie funktioniert nicht so, wie wir uns das vorstellen. Die Entscheidungen werden statt im Parlament immer mehr in vorberatenden Kommissionen gefällt, die stark unter dem Einfluss der grossen Interessenverbände stehen. Das ist ein strukturelles Problem unserer Demokratie und eine unbequeme Wahrheit. Politiker:innen, die eigentlich die Interessen der Menschen, die in der Schweiz leben, vertreten

sollten, kommen ihrer Grundaufgabe immer weniger nach. Stattdessen steigen die Krankenkassenprämien, weil Lobbyisten aktiv verhindern, dass Gesetze gegen diese Kostenexplosion geschaffen werden – um nur ein Beispiel zu nennen.

*Sie setzen sich seit Jahren dafür ein, Menschen für demokratische Anliegen zu begeistern. Wann haben Sie selbst zum ersten Mal Demokratie erlebt?*

Ich bin ein Kind des Golfkrieges. Die Weltpolitik und der Krieg in den 1990er-Jahren haben mich

**«Es gibt viele Gründe, warum sich junge Erwachsene weniger an politischen Prozessen beteiligen. Auch wenn einige durchaus politisch interessiert sind, haben viele noch keine gefestigte politische Haltung.»**

Daniel Graf

und mein Demokratieverständnis stark geprägt. Ich erinnere mich noch gut, wie die Lehrpersonen damals zu uns gesagt haben: So, jetzt legen wir den Stift zur Seite und reden, versuchen zu verstehen, was passiert und was dieser Krieg auch mit uns in der Schweiz zu tun hat. Geblieben ist mir auch die erste Demonstration, die ich mitorganisiert habe. Das war während meiner Zeit am Gymnasium und wir demonstrierten gegen eine Reihe Brandanschläge, die zu der Zeit auf Flüchtlingsunterkünften im Zürcher Unterland verübt wurden.

*Sie nennen zwei Erfahrungen, die Sie während der Schulzeit gemacht haben. Dabei ist gerade die Schule ein sehr autokratischer Ort.*

Ja, das stimmt. Die Demokratisierung der Schulen hinkt in der Schweiz extrem hinterher. Die Kinder lernen die Namen aller Bundesrät:innen auswendig, sie wissen, wie viele Unterschriften es für eine Initiative braucht. Aber in der Praxis lernen sie nicht, wie Demokratie funktioniert. Man bringt ihnen sozusagen das Schwimmen bei, ohne sie ins Wasser zu lassen. Das ist ein sehr unpädagogisches Verständnis von politischer Bildung. Zum Glück lernt man Demokratie aber auch anderswo.

*Wo?*

Überall dort, wo man mitreden kann und gemeinsam Entscheidungen getroffen werden. Das kann schon lange vor der Schulzeit sein: Zu Hause, wenn es darum geht, wie lange man aufbleiben darf oder wie viel Taschengeld man bekommt. Oder wenn man mit Freund:innen diskutiert, ob man lieber ins Kino oder an den See geht. Demokratie heisst nicht nur mitzubestimmen, sondern auch auszuhalten, wenn Entscheidungen getroffen werden, die nicht im eigenen Interesse sind.

*Wenn diese Entwicklung so früh beginnt, erstaunt es, dass die Stimm- und Wahlbeteiligung gerade bei jungen Menschen erschreckend tief ist. Seit 1971 haben im Schnitt nur drei von zehn Berechtigten unter 30 an eidgenössischen Wahlen teilgenommen.*

Es gibt viele Gründe, warum sich junge Erwachsene weniger an politischen Prozessen beteiligen. Auch wenn einige durchaus politisch interessiert sind, haben viele noch keine gefestigte politische Haltung. Für die meisten stehen Ausbildung und Berufseinstieg, aber auch das soziale Leben und die Freizeit im Vordergrund. Die Wahlbeteiligung in der Schweiz ist im internationalen Vergleich relativ tief, aber wir stimmen ja zusätzlich auch alle paar Monate über mehrere Vorlagen ab. Ich finde es okay, auch mal eine Pause zu machen. Politisches Engagement ist sehr zielgerichtet; wenn mich eine Abstimmung

direkt betrifft, gehe ich eher an die Urne. Viele fühlen sich von Wahlen nicht angesprochen, weil sie das Gefühl haben, sie betreffen sie nicht. Das Problem sehe ich aber weniger bei den Jugendlichen.

#### Sondern?

Bei den Politiker:innen. Wenn Demokratie funktionieren und erhalten bleiben soll, dann muss man auch etwas dafür tun, die Menschen dafür zu begeistern und dazu zu bringen, unsere Demokratie zu verteidigen. Sie ist nicht einfach da, wir haben sie uns über Jahre und Jahrzehnte erarbeitet und erkämpft. Die grösste Gefahr für die Demokratie ist, wenn die Menschen den Glauben an sie verlieren.

*Wie bringt man Menschen dazu, die Demokratie wieder mehr zu schätzen?*

Indem man sie ehrlich spüren lässt, dass sie etwas verändern können und mit ihren Anliegen ernst genommen werden. Das gilt für alle, aber besonders für junge Menschen, die noch lernen müssen, wie das System funktioniert. Ihnen muss man die Möglichkeit geben, Demokratie zu erleben. Und zwar bevor sie 18 sind und wählen und abstimmen dürfen.

*Sie sprechen das Stimmrechtsalter 16 an. In Zürich wurde der Vorstoss, das Wahlalter herabzusetzen, erst letztes Jahr vom Volk abgelehnt.*

Das ist ein bedauerlicher Entscheid. Man verliert Menschen, die für die Zukunft unserer Demokratie wichtig wären. Je früher junge Menschen in demokratische Prozesse eingebunden werden, desto besser. Andere Länder wie zum Beispiel Österreich sind da schon viel weiter. Seitdem die Klimafrage bei allen Parteien auf der Tagesordnung steht, hat diese Diskussion für mich noch einmal eine neue Dimension bekommen.

#### Inwiefern?

Ich finde es interessant, dass bei den letzten nationalen Wahlen vor vier Jahren die Klimabewegung, die von sehr jungen Menschen getragen wurde, die stärkste politische Kampagne war, die wir seit langem bei Wahlen gesehen haben. Sie hat zu einer deutlichen Machtverschiebung im Parlament geführt. Das zeigt, dass die jungen Menschen einen grossen Einfluss auf unsere politische Agenda haben können. Und gleichzeitig kann ein Grossteil, der diese Klimabewegung ausmacht, nicht mitreden, weil viele noch nicht volljährig sind.

*Abgesehen von denjenigen, die noch zu jung sind, um wählen und abstimmen zu können, bleibt dieses Recht auch rund einem Drittel der Zürcher Bevölkerung verwehrt, weil sie keinen Schweizer Pass besitzen. Kann man da überhaupt von Demokratie reden?*

Das ist eine harte Frage (überlegt). Aber wenn ich ehrlich bin, würde ich sagen, nein. Das ist nicht demokratisch.



Demokratie für alle? «Es braucht vor allem engagierte Bürger:innen», sagt Daniel Graf. (Bild: Elio Donauer)

*Verhindert die SVP echte Demokratie? Immerhin wehrt sie sich konstant gegen das Ausländer:innenstimmrecht, weil es ihrer Meinung nach die politischen Kräfteverhältnisse verändert und die Interessen der Schweizer Bürger:innen vernachlässigt.*

Wir Schweizer:innen tun uns immer schwer mit Veränderungen, das hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt. Stichwort: Frauenstimmrecht. Im Kern geht es dabei oft um die Angst, dass einem etwas genommen werden könnte. Dabei wäre das Gegenteil der Fall, alle profitieren davon, je mehr Meinungen, Anliegen und Bedürfnisse politisch vertreten sind. Das hat sich auch in den Kantonen gezeigt, die das kommunale Stimmrecht auf Nicht-Schweizer:innen bereits ausgeweitet haben. Es ändert sich nichts, ausser, dass wir in einer demokratischeren Schweiz leben. Viele sehen Demokratie als einen Kuchen, aber das ist falsch.

#### Können Sie das erklären?

Wenn man sagt, Demokratie ist ein Kuchen, dann gibt es eine begrenzte Anzahl Stücke. Je mehr Menschen von diesem Kuchen essen, desto weniger bleibt einem selbst. Mit diesem Narrativ hat man alle Argumente auf seiner Seite. Demokratie ist aber kein Kuchen, sondern vielmehr eine Bäckerei mit einem grossen Angebot verschiedener Brote, Kuchen und Sandwiches. Im übertragenen Sinn heisst das: Je mehr Menschen mit verschiedenen Einstellungen, Hintergründen und Anliegen mitreden, desto lebhafter und spannender wird die Demokratie.

*Es scheint, dass viele Demokratie als Kuchen sehen: Die Prognosen für die Wahlen am 22. Oktober deuten auf einen Rechtsrutsch im Nationalrat.*

Bei einer Verschiebung von ein oder zwei Prozent in eine Richtung spricht man in der Schweiz gleich von einem Rutsch. Für mich deutet vieles auf ein relativ stabiles Wahlergebnis hin. Viel wichtiger ist, wie es danach weitergeht, welche Impulse danach aus der Zivilgesellschaft kommen, die Druck auf das Parlament ausüben. Weil ich glaube, in einer direkten Demokratie braucht es

vor allem engagierte Bürger:innen und nochmals: damit meine ich alle, die in der Schweiz leben.

#### ZUR PERSON

Daniel Graf studierte Geschichte in Zürich und Berlin. Danach war er Parteisekretär der Grünen Stadt Zürich, Kommunikationsleiter der Gewerkschaft Comedia und Mediensprecher von Amnesty International Schweiz. Nach einer Zeit als selbstständiger Politik- und Strategieberater baute er die Stiftung für direkte Demokratie und den Verein Public Beta auf, für den er heute als Campaigner tätig ist. Bekannt wurde Daniel Graf als Gründer der Online-Plattform WeCollect, auf der bis heute über 750 000 Unterschriften für 85 Initiativen und Referenden gesammelt wurden. Daniel Graf hat selber mehrere Initiativen und Referenden mitinitiiert, darunter das Referendum gegen die Überwachung von Versicherten, die Gletscherinitiative, das Referendum zur elektronischen Identitätskarte und aktuell die Inklusionsinitiative. Seine grosse Leidenschaft ist die Digitalisierung der Demokratie. Zu diesem Thema hat er mehrere Bücher verfasst und plant eine nationale Volksinitiative für eine zeitgemässe Bundesverfassung.



Daniel Graf (Bild: Dirk Wetzel)

# «Das Insektensterben bedroht unsere Lebensgrundlage»

In der Schweiz sind 60 Prozent der Insekten gefährdet oder potenziell gefährdet, sagt René Amstutz, Projektleiter Schutzgebiete und Biodiversität bei Pro Natura Schweiz. Im Gespräch mit Angela Bernetta erklärt er, wieso der Insektenschutz essenziell für unser (Über-) Leben ist.

*René Amstutz, wie schlimm steht es um die Zahl und Vielfalt unserer Insekten?*

Innerhalb der kurzen Zeit von nur drei Jahrzehnten hat der Mensch in verschiedenen Gebieten die Insektenpopulationen um bis zu 75 Prozent dezimiert. Auch die Zahl der Arten nimmt dramatisch ab: Zwei Drittel aller Schmetterlings- und Wasserkäferarten sind in ihrer Existenz bedroht.

*Welches sind die Hauptursachen für die massive Abnahme der Insektenbestände?*

Der massive Rückgang der Insekten hat, je nach Art und Lebensraum, verschiedene Ursachen. Hauptgründe für das Insektensterben sind die intensive Landwirtschaft, der massive Einsatz von Pestiziden sowie die Zerstörung der Lebensräume. Die Lichtverschmutzung und der Klimawandel sind weitere wichtige Gründe.

*Wieso ist die Abnahme problematisch?*

Insekten sind die artenreichste Klasse im Tierreich. Weltweit sind 60 Prozent aller Tierarten Insekten. Ihr Verschwinden hat somit einen massiven Einfluss auf das Überleben anderer Arten. Das Insektensterben ist ein alarmierendes Zeichen für den allgemeinen Verlust an Biodiversität – und bedroht unsere Lebensgrundlage. Denn das Ökosystem ist wie ein Sicherungsnetz: Sind zu viele Fäden kaputt, hält das Netz nicht mehr.

*Welche Folgen hat die Abnahme für die Natur und für uns Menschen?*

Insekten bestäuben Blüten fast aller Wild- und Kulturpflanzen. Erdbeeren, Raps oder Kaffee: Rund ein Drittel der weltweiten Nahrungsmittelproduktion ist abhängig von Insekten. Als primäre Futterquellen für viele Vögel und andere Lebewesen sind Insekten ein wichtiger Teil im Nahrungsnetz. Ferner sind sie unerlässlich für ein funktionierendes Ökosystem. Insekten wandeln organisches Material wie Totholz, Kadaver und Fäkalien in wiederverwertbare Rohstoffe um. Auch in der Forst- und Landwirtschaft sind sie wichtige Nützlinge. Im Biolandbau, wo auf Pestizide weitestgehend verzichtet wird, ist die Förderung von Nützlingen ein elementarer Bestandteil der Produktion. Sie dämmen die Ausbreitung nicht erwünschter Insekten ein.

*Was kann, was muss man gegen den Insektenschwund unternehmen?*

Um den Insektenschwund zu stoppen, braucht es grosse wie kleine Massnahmen. Nur wenn Kon-



Sie sehen wir nie wieder: Die gefleckte Schnarrschrecke ist in der Schweiz bereits ausgestorben. (Bild: Biosphoto Klaas Van Haeringen)

sument:innen, Landwirt:innen, Behörden und Verbände gemeinsam Verantwortung übernehmen, können wir das Insektensterben aufhalten.

*Gibt es Massnahmen, die diesbezüglich bereits aufgegleist sind oder haben die Verantwortlichen das Problem verschlafen?*

Weil das dramatische Insektensterben für viele Leute nicht konkret im Alltag fassbar ist – es handelt sich um ein schleichendes Artensterben, über Jahrzehnte – ist das Bewusstsein noch zu gering, damit tatkräftig, grossflächig und global gegen das Insektensterben vorgegangen wird. In der Schweiz fehlen klare, mutige und verbindliche politische Entscheide auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene, damit deutlich mehr finanzielle Mittel sowohl zur Förderung der Insekten und der Biodiversität als auch der Aufwertung und Schaffung von qualitativ hochwertigen Lebensräumen zur Verfügung gestellt würden. Der nationale Aktionsplan Biodiversität wird zu langsam umgesetzt und zeigt noch kaum Effekte. Die seit Jahrzehnten umgesetzten ökologischen Massnahmen in der Landwirtschaft und im Wald genügen nicht, um eine Kehrtwende im Bereich Insektensterben und Biodiversitätsverlust zu erreichen.

*Was kann jeder Einzelne machen?*

Konsument:innen tragen durch den Kauf von biologisch angebauten Nahrungsmitteln massgeblich zum Schutz der Insekten bei. Wer einen eigenen Garten hat, kann noch mehr tun: keine

Chemie einsetzen, insektenfreundliche Blumen und Sträucher pflanzen und heimische Pflanzen mit Blüten oder Pflanzen mit Nutzen für Insekten kaufen. Exotische Pflanzen hingegen bieten den einheimischen Insekten keine Nahrung oder Lebensraum.

*Was lässt sich über die längerfristige Entwicklung der Insektenbestände sagen?*

Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass, wenn wir weiterhin unsere Umwelt und Lebensgrundlagen so ausbeuten wie wir das aktuell tun, das Insektensterben nicht gestoppt werden kann. Welche dramatischen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Folgen dadurch verursacht werden, kann man nur ahnen. Es sollten unbedingt langjährige, wissenschaftlich begleitete Monitorings und Beobachtungen der Insektenbestände durchgeführt werden, um Politik und Gesellschaft weiter für das massive Insektensterben zu sensibilisieren. Weitere Infos: [www.bafu.admin.ch](http://www.bafu.admin.ch) (Studie:



René Amstutz ist Projektleiter Schutzgebiete und Biodiversität bei Pro Natura Schweiz. (Bild: zVg)

Gefährdete Arten und Lebensräume in der Schweiz), [www.pronatura.ch/de/biodiversitaet](http://www.pronatura.ch/de/biodiversitaet)

# Mit Knete gegen Kohle

**Mit «Klimaschutz und Energiesicherheit» liefert SP-Nationalrat und Bundesratskandidat Roger Nordmann das Buch zur eidgenössischen Volksinitiative von SP und Grünen «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt», besser bekannt als Klimafonds-Initiative.**

Nicole Soland

Von Roger Nordmanns Buch «Klimaschutz und Energiesicherheit. Wie die Schweiz eine rasche und gerechte Wende schafft» war bereits im P.S. vom 15. September die Rede: Im Interview mit Isabel Brun gab der Autor einige Hinweise dazu, wie er sich «einen rationalen Weg» vorstellt, einen Weg zwischen jenen, «die eine Apokalypse voraussagen, und jenen, die den Klimawandel leugnen». Im Buch hält er eingangs fest, dass unser Wohlstand noch weitgehend auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen fusst, insbesondere fossiler Brennstoffe. Wie können wir also unseren Wohlstand erhalten, wenn wir die fossilen Brennstoffe weglassen?

«Das grösste Risiko besteht darin, dass die einen durch Verleugnung der Herausforderung und die anderen durch Verzweiflung über deren Ausmass gelähmt werden», erklärt Roger Nordmann. Also liefert er erst mal einen Überblick über den aktuellen Stand in Sachen CO<sub>2</sub>-Gesetz von 1999, das 2011 totalrevidiert wurde: «In den Bereichen Gebäude und Industrie, wo seit Jahren Massnahmen greifen, sind die Emissionen deutlich gesunken. Für die Strassenmobilität gelten nur sehr weiche Auflagen. Die Luftfahrt hatte bis 2020 keinen Druck, die Emissionen zu reduzieren. In der Landwirtschaft muten die heutigen Bemühungen symbolischer Natur an. Bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erzielten wir vor allem bei der Solarenergie erhebliche Fortschritte. Insgesamt bleiben diese leider weit unter dem künftigen Bedarf.» Und ja, «das 2021 knapp gescheiterte CO<sub>2</sub>-Gesetz hätte die Klimapolitik gestärkt und Instrumente für den Zeithorizont 2030 gebracht.» Vor dem Lancieren neuer Vorschläge lohne es sich deshalb,

«die Gründe für die Ablehnung zu untersuchen und daraus Lehren zu ziehen.»

## Die Grenzen des Verursacherprinzips

Roger Nordmann sieht als Hauptursache für die Ablehnung ein «Ungleichgewicht der Instrumente». Der ursprüngliche bundesrätliche Vorschlag sei «sehr liberal» gewesen: «Er setzte vor allem auf die Verteuerung der fossilen Energieträger und auf Kompensationen im Ausland, finanziert durch einen Zuschlag auf dem Treibstoffpreis.» Doch im Dezember 2018 erlitt die Vorlage bei der ersten nationalrätlichen Gesamtabstimmung Schiffbruch. In der Folge entstand der «erste Ansatz» für einen Klimafonds: «Gespiesen wurde er nicht aus der Bundeskasse, sondern aus den Erträgen von CO<sub>2</sub>-Abgaben und -Sanktionen, womit sich die Rückerstattung an die Bevölkerung

**«Statt erfolglos weiter zu versuchen, schmutzige Energien zu verteuern, sollen Investitionen in die Produktion sauberer Energien und in Effizienz unterstützt werden.»**

verringerte. In dieser liberalen Logik wollte der Nationalrat auch die Luftfahrt einbeziehen; so fügte er eine Flugticketabgabe hinzu. Die Lastenverteilung diskutierten die Räte kaum.» Das sollte sich rächen: «Um-

fang und Vielfalt dieses CO<sub>2</sub>-Pakets fielen schliesslich gross aus, womit es Öllobby und SVP leichter bekämpfen konnten.» Zudem sei während des Abstimmungskampfs aus rot-grünen Kreisen oft die Befürchtung gekommen, «dass die Vorlage sozial ungerechte Auswirkungen haben könnte». Roger Nordmann kommt zum Schluss, «aus dem Klimaschutz in erster Linie eine Frage der individuellen Verantwortung zu machen ist ein Holzweg.»

Dies, weil das Verursacherprinzip im CO<sub>2</sub>-Bereich zu einem grundlegenden Widerspruch zum Netto-Null-Ziel führe, denn «wer zahlt, kann dauerhaft weiteremittieren». Und umgekehrt: «Wer nicht in der Lage ist, zu investieren (beispielsweise, weil die Person zur Miete wohnt oder zu wenig vermögend ist), hat keine andere Wahl, als zu verzichten oder zu zahlen.» Doch darüber zu streiten, «ob wir unsere Klimaprobleme über Verzicht oder technologische Lösungen bekämpfen sollen», bringe nichts. Stattdessen schlägt Nordmann den mit der Klimafonds-Initiative geforderten Fonds vor. Er soll dem Eisenbahninvestitionsfonds ähneln: «Grundsätzlich ist er eine Art nicht rückzahlbarer öffentlicher Investitionshaushalt, der von der ordentlichen Rechnung des Bundes getrennt und kein Anlagefonds ist. Im Wesentlichen wird der Fonds keine Investitionsrendite einnehmen und muss jedes Jahr vom Bund aufgefüllt werden. Die Initiative sieht jedoch vor, dass der Fonds auch Geld ausleihen oder Bürgschaften und Garantien gewähren kann, die zurückgezahlt werden müssen. Also eine Art Klimabank.»

Was dieser Fonds bringen soll, erklärt Nordmann natürlich auch: «Statt erfolglos weiter zu versuchen, schmutzige Energien zu verteuern, sollen Investitionen in die Produktion sauberer Energien und in Effizienz unterstützt werden.» Gebäude sanieren, Strassenmobilität elektrifizieren, Industrie dekarbonisieren, so die Losung. Und ja, «der übliche Einwand gegen Förderprogramme für Sanierungen ist, ihnen einen Minahmeeffekt vorzuwerfen» – also dass man den Leuten mit solchen Programmen Sanierungen subven-

tioniere, die sie ohnehin machen würden. Doch dieser Vorwurf sei absurd. «Vielmehr sollte man von einem «Gerechtigkeitseffekt» sprechen: Wer auf eigene Rechnung und aus eigenem Antrieb etwas Positives für die Umwelt unternimmt, soll nicht schlechter behandelt werden als Personen, die aus diversen Gründen auf eine Subvention warten, um dasselbe zu unternehmen.»

## Herausforderung Stromversorgung

Die grosse Herausforderung besteht nun darin, die Stromversorgung zu sichern, insbesondere im Winter, folgert Roger Nordmann und präsentiert seine Gesamtstrategie «Solar, Synthesegas und Industrie». Auch dieses Kapitel ist übrigens, obgleich sehr technisch – was ja zu erwarten war –, recht gut lesbar/verständlich. Quasi zum Abrunden widmet sich der Autor noch den «schwierigen Bereichen», namentlich der Luftfahrt, den nicht-fossilen Emissionen und den negativen Emissionen. Er betont aber auch, «zum Finanzieren von Investitionen ist eine Verschuldung grundsätzlich legitim». Die Initiative sieht für den Klimafonds eine jährliche Dotierung von 0,5 bis einem Prozent des BIP vor, wobei ein Prozent etwa acht Milliarden Franken entspricht. Für Nordmann ist klar: «Ohne Massnahmen erwärmt sich die Erde weiterhin rasant, die Auswirkungen wären dramatisch und der Umgang damit würde viele Ressourcen erfordern. Das wäre viel teurer als der Klimafonds.» Und damit ist es «Zeit für die Aktion» – was es zu tun gibt, ist ja unterdessen klar. Beziehungsweise spätestens dann, wenn die Klimafonds-Initiative angenommen und umgesetzt ist...

Roger Nordmann:  
**Klimaschutz und Energiesicherheit. Wie die Schweiz eine rasche und gerechte Wende schafft.**

Zytglogge Verlag 2023, 232 Seiten, 29 Franken.



# «Betreutes Wohnen ist primär für wohlhabende Menschen realisierbar»

**Alte Menschen wohnen häufig allein oder zu zweit und sind damit zufrieden. Damit sie im Bedarfsfall angemessen betreut werden, sind über die vergangenen Jahre alternative Wohnformen diskutiert worden. Der Altersforscher François Höpflinger erklärt im Gespräch mit Angela Bernetta deren Vor- und Nachteile.**

*François Höpflinger\*, wie möchten Sie im Alter wohnen?*

Solange man gesund ist, ist auch für mich selbstständiges Wohnen in einer attraktiven Region mit viel Grün, Einkaufsläden in der Nähe und guten Verkehrsverbindungen das Ideal. Im hohen Lebensalter wäre eine betreute Pflegewohnform, etwa eine individuell gestaltbare kleine Pflegewohnung mit Anbindung an Serviceleistungen wie Notrufdienst, Mahlzeitendienst, Wäscherei mein Ideal.

*Ein Klischee über die Wohnsituation hochbetagter Menschen lautet: Weiblich, alt, arm und allein. Inwieweit entspricht das der Realität?*

Das Alter ist tatsächlich weiblich, in dem Sinne, dass Frauen im hohen Lebensalter in der Mehrheit sind. Einfach, weil sie länger leben als Männer. Alt und arm ist nur noch bedingt real. Alte Menschen sind heute nicht häufiger arm als jüngere Menschen. Wenn Menschen im Alter arm sind, hat dies weniger mit dem Alt-sein an sich zu tun, sondern mit schulisch-beruflichen Nachteilen in früheren Lebensjahren – wenig Lohn ergibt geringe Renten. Da Frauen beruflich benachteiligt wurden und immer noch werden, sind sie im Alter viel häufiger arm als Männer. Mit zunehmendem Alter leben mehr Menschen – und hier ebenfalls vor allem Frauen – allein, das heisst in einem Einpersonenhaushalt. Alleinlebende im Alter haben ein höheres Einsamkeitsrisiko. Erstaunlich ist aber auch, dass viele alleinstehende Frauen sozial gut vernetzt sind. Alleinsein und Einsamkeit im Alter ist nur locker verbunden. Einige Frauen klagen auch über Einsamkeit in der Partnerschaft.

*Wie hat sich das Wohnen im Alter über die Zeit verändert?*

Früher wohnten ältere Menschen häufiger in grösseren Haushalten, etwa zusammen im gleichen Bauernhaus mit den Kindern und Enkelkindern, aber auch öfters als Untermieter:innen bei fremden Personen. Die Wohnverhältnisse waren oft eng, für jung und alt. Alte Menschen, die verarmten, mussten früher in ein Bürger- bzw. Armenhaus ihrer Bürgergemeinde umziehen, wo sie

strengen Hausordnungen unterworfen waren. Die letzten zwanzig Jahre haben den Trend zu einem individualisierten Wohnen in Ein- oder Zwei-Personen-Haushalten klar verstärkt. Heute ist der Anteil der alten Menschen, die in einer überbelegten

**«Zunehmend mehr alte Menschen leben lange selbstständig zuhause und werden ambulant betreut. Der Anteil der alten Menschen, die in einer Alters- und Pflegeeinrichtung wohnen, ist gesunken und wird weiter sinken.»**

Wohnung leben, gering. Zunehmend mehr alte Menschen leben lange selbstständig zuhause und werden ambulant betreut. Der Anteil der alten Menschen, die in einer Alters- und Pflegeeinrichtung wohnen, ist gesunken und wird weiter sinken.

*Welche alternativen Wohnformen im Alter gibt es?*

In den letzten Jahrzehnten wurden drei alternative Wohnformen im Alter vermehrt diskutiert, wenn auch nur teilweise realisiert: Erstens gewann die Idee einer Alterswohn- und Altershausgemeinschaft an Bedeutung, zweitens erhielten generationengemischte Wohnformen eine neue Aktualität und drittens werden vermehrt betreute Wohnformen, also Wohnen mit Service, propagiert und realisiert.

*Welche Vor- und Nachteile haben Alterswohn- und Altershausgemeinschaften?*

Durch gemeinschaftliches Wohnen im Alter kann Einsamkeit vermieden werden. Funktionale

Einschränkungen lassen sich besser bewältigen, wenn sich Personen im Alltagsleben gegenseitig unterstützen können. Zusätzlich kann man durch gemeinschaftliche Wohnformen die Wohnkosten pro Person reduzieren. Gemeinschaftliches Wohnen kann somit Lebensqualität erhöhen und Lebenskosten reduzieren. Nachteile gibt es keine, aber gemeinschaftliches Leben setzt hohe soziale Kompetenzen und das Zurückstellen seiner eigenen individuellen Interessen voraus. Deshalb haben sich solche Wohnformen am ehesten bei Frauen und Männern aus sozialen Berufen durchgesetzt.

*Was versteht man unter generationendurchmischtem Wohnen?*

Generationengemischtes Wohnen kombiniert Familienwohnungen und Kleinwohnungen für junge Alleinstehende oder ältere Personen. In einigen Fällen enthalten solche Projekte auch Pflegewohngruppen sowie Kindertagesstätten, Cafés usw. Es geht darum, dass Jung und Alt Platz haben und damit der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt wird.

*Inwieweit werten Mehrgenerationenhäuser und/oder generationengemischte Wohnsiedlungen mit altersgerechten Wohnungen, das Leben im Alter auf?*

Viele, wenn auch nicht alle ältere Menschen erleben es positiv, wenn sie auch nachbarschaftliche Kontakte mit jungen Menschen oder jungen Familien haben. Sie erfahren damit neue gesellschaftliche Entwicklungen und können am Leben anderer Generationen teilnehmen. Nur immer unter Gleichaltrigen zu leben, wird oft langweilig. Alte Menschen mit guten Kontakten zu jüngeren haben mit neuen Trends wie etwa digitalem Leben weniger Probleme. Auf der Gegenseite kann es für junge Eltern entlastend sein, wenn tagsüber pensionierte Frauen und Männer im Haus sind, die sich zeitweise bei der Kinderbetreuung engagieren.

*Was alles umfasst betreutes Wohnen, also Wohnen mit Service, welche Vor- und Nachteile gibt es und ist das bezahlbar?*





Der Altersforscher François Höpflinger setzt sich mich dem Wohnen im Alter auseinander. (Bild: zVg)

Betreutes Wohnen kombiniert Individualität, also eine eigene altersgerechte Kleinwohnung, mit guter ambulanter Versorgung. Betreutes Wohnen ist vor allem von Vorteil, wenn alte Menschen schon an gesundheitlichen und funktionalen Einschränkungen leiden. Wichtig sind dann etwa Putzdienste, Mahlzeitendienste, aber auch ein 24-stündiges Notrufsystem, teilweise auch Transportdienste usw. Nachteile gibt es keine. Das grosse Thema ist allerdings die Bezahlbarkeit: Je mehr Serviceleistungen angeboten werden, desto teurer wird es, da diese Serviceleistungen privat zu bezahlen sind. Betreutes Wohnen ist momentan primär für wohlhabendere Menschen realisierbar. Einkommensschwächere Personen müssen häufiger in eine Alterseinrichtung wechseln, wo zwar die Versorgungssicherheit hoch, aber die individuelle Selbstständigkeit teilweise eingeschränkt ist.

*Was spricht für, was gegen einen Aufenthalt in einem Alters- und Pflegeheim?*

Für einen Aufenthalt in einem Alters- und Pflegeheim spricht einiges: Man wird gut um- und versorgt in einer altersangepassten Struktur. Es ergeben sich Möglichkeiten für neue Kontakte. Man ist nicht mehr allein, sondern lebt mit anderen Menschen zusammen. Nachteile sind: eingeschränkter Wohnraum, oft nur ein Pflegezimmer, das man nur bedingt selbst möblieren kann, man lebt nur unter «alten Menschen». Wahlmöglich-

keiten und Pflegequalität variieren je nach Heim. Es gibt Heime, die stark auf die Wahlmöglichkeiten der Bewohner:innen achten, und andere Heime, die striktere Hausordnungen haben.

**«Die Fortschritte beim Wohnen im Alter variieren regional stark. Hauptproblem für viele Städte und Gemeinden sind die steigenden Grundstücks- und Immobilienpreise, die beispielsweise verhindern, dass man kostengünstige Alterswohnungen an zentraler Lage anbieten kann.»**

*Welche Wohnformen gibt es für alte Menschen mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen, die nicht mehr selbstständig leben können und in kein Alters- oder Pflegeheim wollen?*

Hier existieren grosse Lücken, da für Menschen mit speziellen Bedürfnissen wie etwa ältere MS-Patienten:innen, ältere Suchtkranke usw. kaum angepasste Wohnformen existieren. Erst in einigen Gemeinden werden Pflegewohngruppen für spezifische Bedürfnisse angeboten. Das Gleiche gilt auch für ältere Migrant:innen, wo sich etwa mediterrane Pflegeabteilungen für betagte Südeuropäer:innen als durchaus erfolgreich erwiesen haben.

*Viele Städte und Gemeinden erstellen Altersleitbilder, die auch das Wohnen im Alter thematisieren. Finden Sie das zielführend oder braucht es zusätzliche Bemühungen?*

Die Fortschritte beim Wohnen im Alter variieren regional stark. Hauptproblem für viele Städte und Gemeinden sind die steigenden Grundstücks- und Immobilienpreise, die beispielsweise verhindern, dass man kostengünstige Alterswohnungen an zentraler Lage anbieten kann. Mangelhaft ist oft auch die Wohnberatung und Wohnassistenz im Alter. Was sich in den letzten Jahren verbessert hat, wenn auch nicht überall, ist die Vernetzung von ambulanter und stationärer Altersversorgung in den Gemeinden beziehungsweise Regionen.

\* Der Altersforscher François Höpflinger ist emeritierter Soziologieprofessor der Universität Zürich.

# Stellungnahme zur Gewalteskalation in Israel/Palästina

**Das Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina ist ein Zusammenschluss von 14 Organisationen in der Schweiz, die sich für einen menschenrechtsbasierten Ansatz im israelisch-palästinensischen Konflikt einsetzen.**

Mit grosser Besorgnis nehmen wir zur Kenntnis, dass im Zuge der jüngsten Gewalteskalation im Nahen Osten einmal mehr und sehr gravierend völker- und menschenrechtswidrige Gewalt eingesetzt wird, sowohl von der Hamas und ihren

**Verbrechen, wie durch die Hamas verübte Massaker, sind durch nichts zu rechtfertigen, sondern scharf zu verurteilen. Wir distanzieren uns auch klar von jeder Form von Entmenschlichung in der Berichterstattung.**

Verbündeten als auch von den israelischen Sicherheitskräften. Verbrechen, wie durch die Hamas verübte Massaker, sind durch nichts zu rechtfertigen, sondern scharf zu verurteilen. Wir distanzieren uns auch klar von jeder Form von Entmenschlichung in der Berichterstattung. Vor-

sätzliche Angriffe auf die Zivilbevölkerung sowie unverhältnismässige Angriffe, bei denen Zivilpersonen getötet oder verletzt werden, sind Kriegsverbrechen. Alle Konfliktparteien sind aufgefordert, sich an das Völkerrecht zu halten und alles zu tun, um weitere zivile Opfer zu vermeiden. Die von der Hamas als Geiseln genommenen, mehrheitlich jüdisch-israelischen Zivilpersonen müssen unverzüglich, bedingungslos und unversehr freigelassen werden.

Die Geschehnisse der letzten Tage dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Die Menschen in Gaza stehen seit 16 Jahren unter einer Blockade, die ihnen ein normales Leben in Würde gezielt verunmöglicht. Die humanitäre Lage im Gazastreifen ist katastrophal und pessimistisch.

Die Besatzung, der Ausbau der Siedlungen und die Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung, die von vielen Menschenrechtsexpert:innen als Apartheid beschrieben wird, sind für die langjährige Krise ebenso mitverantwortlich wie die Duldung all dieser Völkerrechtsverletzungen durch die internationale Gemeinschaft und die weitgehende Straflosigkeit für die Täter:innen.

## Forderungen des Forums für Menschenrechte in Israel/Palästina

Wir fordern alle Konfliktparteien auf, die Gewalt unverzüglich zu beenden und den Bestimmungen des humanitären Völkerrechts Folge zu leisten. Die Schweiz soll sich nachdrücklich gegenüber den Konfliktparteien in diesem Sinne einsetzen.

Wir begrüssen es, dass die Schweiz humanitäre Hilfsgelder nicht infrage stellt und fordern angesichts der verschärften Notlage eine Erhöhung der Zahlungen an. Die Schweiz soll zudem israelische und palästinensische Menschenrechtsorgani-

sationen und humanitäre Organisationen stärken und vor den Repressionsmassnahmen Israels und palästinensischer Akteure schützen. Die Gewährleistung der Menschenrechte hat angesichts der neuesten Gewalteskalation höchste Priorität.

Zudem muss die Schweiz sich dafür einsetzen, dass der Internationale Strafgerichtshof (ICC) die Untersuchungen zu Kriegsverbrechen in Israel/Palästina seit 2015 reaktiviert und zur Anklage bringt. Selbstverständlich soll der ICC hierbei

**Wir fordern alle Konfliktparteien auf, die Gewalt unverzüglich zu beenden und den Bestimmungen des humanitären Völkerrechts Folge zu leisten.**

auch jene Kriegsverbrechen untersuchen, die in den vergangenen Tagen verübt wurden. Dazu gehört auch die Unterbindung der Einfuhr von Lebensmitteln, Medikamenten und Treibstoff in den Gazastreifen für dessen 2,3 Millionen Einwohner:innen. Das Aushungern der Zivilbevölkerung ist gemäss Römer Statut ein Kriegsverbrechen.

Um eine echte Konfliktlösung dem blossen Konfliktmanagement vorzuziehen, muss sich die Schweiz entschieden für die Beendigung der israelischen Besatzung einsetzen. Denn dies ist der einzig zielführende Weg hin zu einem gerechten und dauerhaften Frieden für die palästinensisch-arabische und die israelisch-jüdische Bevölkerung in Israel/Palästina.

Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina

## Terroranschlag der Hamas in Israel

Der schreckliche Anschlag der Hamas auf Israel ist zu verurteilen. Ohne Punkt und Komma. Ich war kürzlich mit einer Delegation in Gaza. Ich begegnete fröhlichen Kindern. Ich hatte einen eindrücklichen Austausch mit Studentinnen und Studenten, die von ihren Plänen und Visionen erzählten – trotz der schwierigen Situation, in der sie sich befinden. Ein junger Mensch sagte mir: «Ohne Hoffnung ist unser Leben unmöglich. Hoffnung ist das Einzige, was uns am Leben hält.»

Jetzt frage ich mich, leben diese Menschen wohl noch, die ich getroffen habe? Israel würgt sie zu Tode, indem sie kein Wasser, keine Energie und Lebensmittel mehr erhalten. Tausende von unschuldigen jungen, alten, kranken Menschen in Gaza sterben jetzt durch Israels Bomben. Jeden

Tag werden es mehr sein. Wo bleibt der Aufschrei der Politik und Öffentlichkeit?

Ueli Schwarzmann, Zürich

## Friedensförderung ist wichtiger denn je!

Liebe Genoss:innen, danke für euren Einsatz für die SP! In ein paar Tagen werden wir die Resultate unserer Arbeit an der Urne bekommen. Bis dahin ist es wichtig, dass wir in unserem Umfeld versuchen, möglichst alle an die Urne zu bringen. Unsere SP60+-Liste kann hoffentlich dazu beitragen, dass auch ältere Personen die SP wählen werden. Dass unsere Anliegen nach wie vor nicht an Aktualität verloren haben, zeigen uns die Ereignisse in Israel. In einem Umfeld von Armut und Perspektivlosigkeit lässt sich Extremismus kaum bekämpfen. Ich bin schockiert, dass die Hamas

eine solche terroristische Attacke gegen Israel geführt hat.

Trotzdem ist es wichtig, dass wir die Palästinenser nicht alle verurteilen. Wir müssen lernen, dass alle Menschen eine Zukunftsperspektive brauchen. Diese ist leider sehr schwer vermittelbar, wenn Kinder bereits in der dritten Generation in einem Flüchtlingslager aufwachsen.

Es ist deshalb höchste Zeit, sich für die Friedenssicherung bei uns, in Europa, aber auch auf der ganzen Welt einzusetzen. Dabei können wir nicht einfach auf die militärische Stärke setzen. Es braucht den Dialog mit allen, aber auch ein klares Bekenntnis, dass wir weder Angriffskriege noch Unterdrückung dulden. Die Politik und die Gesellschaft müssen sich deshalb wesentlich stärker für die Friedensförderung engagieren.

Hanspeter Göldi, Vorstand SP60+ZH

## Spurensuche

**Seit 20 Jahren sammelt Susanna Fanzun filmisch Spuren über die Familie Giacometti.**

Der Kunsthändler Eberhard W. Kornfeld, der Fotograf Ernst Scheidegger und die französische Fotografin Sabine Weiss waren alles Freund:innen der Familie und erhalten jetzt im Dokumentarfilm «I Giacometti» posthum ihre letzten Auftritte. Seit dem Jubiläumsjahr 2001 anlässlich des 100. Geburtstages des berühmtesten Sohnes Alberto beschäftigt sich die Engadiner Filmemacherin Susanna Fanzun in einer filmenden Spurensuche mit der Familiengeschichte der Giacomettis, die hundert Jahre vor ihr aus dem noch abgelegenen Nachbartal Bergell via ihre Kunstfertigkeit in die Welt hinausstrahlten. Fanzun interessiert sich primär für die offenbar stets eng gebliebenen Familienbande und ausser ein paar wenigen Einblendungen kaum um die sonst übliche kunsthistorische Einordnung, von der sie zurecht annimmt, dass diese wenn nicht gar zur Genüge dann wenigstens ausreichend allgemein bekannt ist. Dreh- und Angelpunkt war die Mutter Annetta, die den eher gestrengen, ordnenden Gegenpart zum Vater Giovanni einnahm, den Ernst Scheidegger als «die Güte in Person» beschreibt. Alberto zum Beispiel wartete für einen verliebten Mann



offenbar eine kleine Ewigkeit lange auf den Segen der Mutter, bevor er es wagte, sich zu vermählen. Von ihr kam auch jahrelang die finanzielle Stütze für den Aufenthalt von Alberto und Bruder Diego in Paris. Der Film zeichnet Verbindungen des Vaters zu Ferdinand Hodler, Giovanni Segantini und Cuno Amiet nach, entlockt der ehemaligen Zuehfrau einige Geschichten aus dem Nähkästchen, wobei diese sichtlich um die Wahrung jeder Familienehre bemüht ist. Zur Sprache kommt die Verbindung von Tochter Ottilie mit dem Genfer Arzt Francis Berthoud mitsamt dem für die gesamte Sippe nur schwer zu ertragenden frühen Tod deren gemeinsamen Sohnes Silvio. Ebenso das schwierige Verhältnis der Brüder Alberto und Diego in ihren Jugendjahren, weil die Elternliebe als nicht ebenmässig empfunden wurde. *froh.*

«I Giacometti» spielt in den Kinos Houdini, Movie.

## Übergang

**Als Vertreterin der mittleren Generation will Nadia Fares ein Bindeglied darstellen.**

Die ganz jungen Frauen im heutigen Ägypten engagieren sich in den sogenannten Sozialen Medien genauso wie sie sich als aufgeklärte, moderne Frauen per Fahrrad in die konservativen Aussenbezirke der Hauptstadt begeben, um dort im Austausch der Generationen eine Wertedebatte anzustossen. Ihnen gegenüber steht die Schriftstellerin und Intellektuelle Nawa El Saadawi (1931–2021), die sich als Vorkämpferin für die Rechte der Frauen und die Menschenrechte insgesamt mehrfach mit den wechselnden Regierungen Ägyptens seit der tatsächlichen Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Grossbritannien mit der Macht der Worte angelegt hatte und dafür mehrfach inhaftiert worden war. Dazwischen steht die eigene Geschichte der in der Schweiz geborenen Tochter eines Ägypters und einer Schweizerin, Nadia Fares, die einerseits die Wirkmächtigkeit des Patriarchats in der Schweiz dadurch erfahren musste, dass es ihrem Grossvater während ihrer Kinderjahre offenbar mühelos möglich war, seinen ungeliebten Schwiegersohn behördlich ausschaffen zu lassen und die andererseits während späterer Besuche bei ihrem erst später kennengelernten Vater in Ägypten die



dortig herrschenden sittlichen Gepflogenheiten und auch überaus aktiv in ein Männerleben einschneidenden Folgen des Patriarchats beobachten konnte. Ihr Dokumentarfilm «Big little women» ist zwar erzählerisch ziemlich sprunghaft und in den nachgestellten Szenen regelrecht pittoresk und tippt auch sehr viele gewichtige Themen höchstens ansatzweise an, aber neben der sehr seltenen Gelegenheit eines längeren Gespräches mit Nawa El Saadawi ist es Nadia Fares gemäss eigenem Bekunden wichtig, sich als Bindeglied zwischen den Generationen anzudienen und via ihre eigene Lebensgeschichte und ihre Verbindungen eine Brücke zwischen frühen Emanzipationsbestrebungen und heute wieder aufkeimender Hoffnung für eine weibliche Selbstbestimmung in Ägypten zu schlagen. *froh.*

«Big little women» spielt in der Sonntagsmatinée im Kino Piccadilly.

## Planleben

**Die Definition von Glück existiert gar nicht, weshalb sich die Suche danach erübrigt.**

Natürlich führen alle Figuren im Schwarzweissfilm von Babak Jalali («Frontier Blues») auf irgendeine Weise ein nicht zur vollen Gänze zufriedenstellendes Leben. Bestärkt von Werbeverheissungen, moralischen Leitplanken und ursächlichen Bedürfnissen verwenden die meisten einen rechten Teil ihrer Energie darauf, diesem als Lücke empfundenen Extra alias Glück ein überdimensioniertes Gewicht beizumessen. In einer reissbretthaften Parabel versammelt «Fremont» eine Vielzahl meist liebenswerter Figuren, die in einander ergänzender Spezifikation von Sehnsucht ein insgesamt allzumenschliches Bild abgeben. Donya (Anaita Wali Zada) arbeitet als in die USA gerettete, ehemalige Übersetzerin für die Besatzungsmacht in Afghanistan in einer chinesischen Glückskeksefabrik, wo sie bald die Verantwortung für die Texte überant-



wortet erhält. Ihre Kollegin Joanna (Hilde Schmelting) sehnt sich nach einem Partner, ihr Boss Ricky (Eddie Tang) bewundert Donyas Schreibtalent, der Imbissbesitzer Aziz (Fazil Seddiqui) lebt insgeheim in einer Telenovela mit und die Fantasie des Psychiaters Anthony (Gregg Turkington), den Donya wegen ihrer Schlafstörungen aufsucht, lebt aufgrund ihrer Erzählungen erstmals selber richtig auf. Donyas Schuldgefühle über die zurückgelassene Familie findet ihr Korrektiv im Nachbarn Salim (Siddique Ahmed), der trocken bemerkt: «Ich fühle mich schuldig, egal was ich denke.» Also richtet Donya ihr Augenmerk in eine Zukunft, die sie positiv zu beeinflussen glaubt, indem sie in Glückskekse verpackte Botschaften in die Welt hinausschickt. Joanna begutachtet die erste danach eintreffende Textnachricht für ein Blinddate bezüglich der darin enthaltenen Andeutungen und rät zu. Auf dem langen Fahrtweg kreuzt Donya den Automechaniker Daniel (Jeremy Allen White), dessen offen interessierte Zuneigung das Festhalten an ihrem Ursprungsplan infrage zu stellen beginnt und damit die Frage, ob Pläne überhaupt Sinn ergeben. *froh.*

«Fremont» spielt im Kino RiffRaff.

# Samstagabend: «Der Fetzen» oder «Memory Garden»

## Samstag, 21. Oktober

8.30 SWR: «**Was können Hochschulen bieten?**» Britta Mersch über Weiterbildung neben dem Beruf.

10.00 DLF: «**Klassik, Pop et cetera.**» Heute mit Çağla İlk, 1976 in Istanbul geboren, heute Co-Direktorin der Staatlichen Kunsthalle Baden-Baden. 2024 wird sie den Deutschen Pavillon bei der Biennale in Venedig kuratieren.

11.00 DLF: «**Der Griff nach den Sternen.**» Tschechien und die Weiten des Weltraums. Kilian Kirchgessner in der Reportage-Reihe Gesichter Europas. Parallel dazu bei SRF 2 die Zweitausstrahlung der «Musik für einen Gast» mit Alain Kupper. Der gebürtige Basler betreibt eine Kunstgalerie im Zürcher Kreis Vier, betätigt sich als Musiker, Gestalter und vielseitiger Künstler. In einer Laudatio wurde er vor Jahren als «Brückenbauer zwischen der Hochkultur und dem Underground» bezeichnet.

14.00 SWR: «**Donauschinger Musiktag.**» Pinquins & Ictus live. Hier ein Zitat zum ersten Teil des Konzertes: «In einem engen kollaborativen Prozess der Komponistin und Performerin Jessie Marino mit den Musikerinnen von Pinquins und Inga Margrete Aas ist ein experimenteller Song-Zyklus entstanden, der Folk Songs des nordamerikanischen Murder-Ballad-Genres aus feministischer Perspektive neu inszeniert.»

17.00 SWR: «**Zeitgenossinnen.**» Barbi Marković, Schriftstellerin, im Buchmesse-Gespräch mit Carsten Otte. 1980 in Belgrad geboren, seit 2006 in Wien. Sie erzähle in «Die verschissene Zeit» die Geschichte einer verlorenen Generation.

19.00 SWR: «**Dein Freund und Helfer.**» ARD-Radio-Tatort-Krimi von Erhard Schmied. «Ihre Tochter hat in Metz einen Unfall mit Todesfolge verursacht.» Einer dieser Schockanrufe, nach denen alte Leute oft ihr gesamtes Erspartes verlieren...

20.00 SRF 2: «**Der Fetzen**» von Philippe Lançon. Nach dem Buch des französischen Journalisten als Hörspiel gestaltet von Ralf Haarmann. Durch den Terroranschlag auf das Satiremagazin «Charlie Hebdo» wurde



das Leben von Lançon unumkehrbar in zwei Hälften gespalten. Er wurde beim Attentat am 7. Januar 2015 verletzt, sein Kiefer zerschossen und in 17 Operationen mit etwas geflickt, das er «den Fetzen» nennt. Schreibt man etwas auf, um sich daran erinnern oder um das Geschehene endlich loslassen und vergessen zu können? Eine der ersten Fragen die sich der Autor stellt. Teil zwei folgt in einer Woche. Und beim DLF: «**Memory Garden.**» Gestaltet von Merzouga nach Motiven von Ilse Helbig. 80 Jahre alt war diese Autorin, als 2003 ihr

erstes Buch erschien. Fast zwei Jahrzehnte später lebte sie noch immer allein in ihrem Haus, das einst Poststation war, umgeben von einem Garten voller Vogelstimmen. In ihren Büchern habe sie das Gebiet ihrer Erinnerung in vielen lyrisch kondensierten Sprachbildern kartografiert.

21.00 SRF 2: «**Partage ton Vinyle!**» Musik der Zeit: das Ensemble Contrechamps Genève feiert das Hören.

22.00 DLF: «**Die Gebeine Dantons.**» Oder: Von der Funkoper zur Internetoper. Beitrag von Anna Schürmer im Atelier neuer Musik. Reprise im Schwerpunkt zu 100 Jahre Musik im Radio.

23.00 DLF: «**Spielplätze für die Phantasie.**» Eine Lange Nacht über Otfried Preussler. Zu seinem 100. Geburtstag gestaltet von Barbara Giese und Vera Teichmann. Geboren in Nordböhmen, an den Ausläufern des Riesengebirges. Dort lernt er die Erzählungen und Sagen der Gegend in mündlicher Tradition kennen. Direkt nach dem Abitur wird er zum Kriegsdienst eingezogen, gerät in sowjetische Kriegsgefangenschaft, kann erst 1949 der Familie seiner Verlobten nach Bayern folgen. Dort baut er sich ein neues Leben auf, verfasst Zeitungsartikel und Hörfunkskripte, wird Volksschullehrer und schreibt dann Geschichten auf, die er seinen Schülern erzählt hat... Parallel bei SRF 2: «**Gleis 11 – Gurbet.**» Hörspiel von Alper Maral und Stefan Fricke. Gurbet ist das türkische Wort für Heimweh und auf Gleis 11 des Münchener Hauptbahnhofs kamen zwischen 1961 und 1973 zirka 600000 türkische Gastarbeiter an und stiegen dann in die Züge zu ihren künftigen deutschen Arbeitsstätten um. «Protagonist des Hörstücks ist das türkische Gastarbeiterlied.» Anlass für die Reprise dieser O-Ton-Collage sind 100 Jahre Staatsgründung Türkei.

## Sonntag, 22. Oktober

8.30 SWR: «**Das Sozialverhalten der Primaten.**» Science Talk mit Roland Hilgartner, Biologe und Direktor Affenberg Salem.

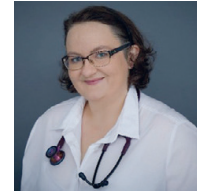
9.30 DLF: «**Funkenflug.**» Spuk im Radio. Ein radiohistorischen Essays von Stephan Krass im Schwerpunkt 100 Jahre Radio. «Die seltsame und unbekannte Vermischung von An- und Abwesenheit, löste produktive Irritationen aus.»

13.00 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Heute mit Marc Graf, forensischer Psychiater. Nach dem am Wahlsonntag verlängerten Mittagsjournal. Wer nach den ersten Resultaten noch Lust auf mehr hat, wird bei SRF 1 bis in die Nacht hinein bedient.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Kirsten Traynor, Bienenforscherin.

14.00 SWR: «**Anatomie einer Entfesselung.**» Feature von Elisabeth Weilenmann. Die österreichische Ärztin Lisa-Maria Kellermayr wurde am 29. Juli 2022 in ihrer Praxis tot aufgefunden. Nach monatelangen Drohungen aus der Impfgegnerszene hatte sie sich im selbst eingerichteten Panikraum das Leben genommen. Sofort bildeten sich zwei Lager: eines gab den

Behörden die Schuld, das andere wies diese der Ärztin selbst zu und machte sich in den sogenannten sozialen Medien über sie lustig. «Ein auditiver Blick hinter die Kulissen einer Geschichte, die weder abgeschlossen noch aufgearbeitet ist.»



15.00 SRF 2: «**Slowenien, Land der Lyrik.**» Passage von Felix Münger. Slowenien ist Ehrengast der diesjährigen Frankfurter Buchmesse. Noch ist seine Literatur weitgehend unbekannt. Zu Unrecht!

16.00 SWR: «**Frankfurter Buchmesse 2023.**» Lesenswert-Magazin.

16.30 DLF: «**Von Katzen, Mammuts und Menschen.**» Bücher zur Evolution der Säugtiere.

17.00 SWR: «**Donauschinger Musiktag.**» Abschlusskonzert. Live aus dem SWR- Experimentalstudio. Und nach 20 Uhr noch Mitschnitte von der Verleihung der diesjährigen Karl-Sczuka-Preise für Hörspiel als Radiokunst.

20.00 DLF: «**Spuck's aus.**» Widerliches und Wertvolles vom Speichelfluss. Feature von Bettina Mittelstrass.

23.00 SWR: «**An den Grenzen des Geistes.**» Essay von Jean Améry. Es geht um die Konfrontation mit Auschwitz. 1964 aufgenommen!

## Montag, 23. Oktober

8.30 SWR: «**Süchtig nach Pornos.**» Lukas Meyer-Blankenburg fragte Fachleute, wie Sex-Videos schaden und wo sie helfen.

9.00 und 23.00 SWR: «**100 Jahre Radiomusikgeschichte.**» Start einer Musikstunden-Woche mit Katharina Eickhoff. Als im Oktober 1923 die erste offizielle Radiosendung beginnt, sitzt da ein Herr im Anzug und spielt Dvořák... Morgen bis Freitag mehr!

14.00 SRF 1: «**Stübi Müüs und Rosa**» von Peter Weingartner. Bauer Stübi möchte doch nur die Welt retten. Aber niemand lässt ihn machen... Produziert 2006.

## Dienstag, 24. Oktober

8.30 SWR: «**Entführen, vergiften, verhaften lassen.**» Toni Neumann zeigt, wie autoritäre Regime ihre Kritiker auch im Ausland verfolgen.

15.00 SWR: «**Kleine Freiheiten im Gefängnis.**» Vera Pache über Theater hinter Gittern.

19.15 DLF: «**Ihr seid ausgewiesen!**» 1938: «Polenaktion» in Leipzig. Feature von Ute Lieschke. Nur das beherzte Eingreifen des polnischen Konsuls konnte einen Teil der jüdischen Einwohner der Stadt vor der überfallartigen Deportation bewahren.

20.00 DLF: «**Ich fühl's nicht.**» Nach der Graphic Novel von Liv Strömquist. «Ein

flammendes Plädoyer für eine von den Zwängen der Konsumgesellschaft befreite Liebe.» Die zweite Hälfte folgt in einer Woche. Und bei SRF 2: «**Late Night Concert.**» Linda Jozefowski und Dave Douglas am Jazzfestival Willisau.

## Mittwoch, 25. Oktober

8.30 SWR: «**Grausamer Nazi und US-Agent.**» Rainer Volk über Klaus Barbie.

15.00 SWR: «**Sehnsuchtsorte.**» Manuel Gogos hat eine Gastarbeiterin und die Frau eines Gastarbeiters aus seiner Familie befragt.

20.00 DLF: «**Die Frau, die nicht hassen wollte.**» Hüseyin Topel über Mevlüde Genç. Parallel bei SRF 1: «**Salzburger Stier.**» Schweizer Preisträger:in 2024. Wer das ist, wird am 24. Oktober bekannt gegeben. SRF 2 offeriert «**Neue Musik auf dem Sofa.**»

21.00 DLF: «**Angenehm unangenehm.**» Die durchaus bösen Pointen des Moritz Neumeier. Parallel bei SRF 2: «**Anarchie und Energie** am Jazzfestival Willisau.»

## Donnerstag, 26. Oktober

8.30 SWR: «**Wenn Schule auf den Magen schlägt.**» Eckhard Rahlenbeck über die Stressbewältigung bei Kindern und Jugendlichen.

15.00 SWR: «**Tonspur einer Nachkriegskindheit.**» Detlef Berentzen zu seinen Radiodays.

20.00 DLF: «**Systemfragen.**» Warum das Radio immer noch nicht ausgestorben ist.

22.00 DLF: «**Zwischen Unterhaltung und Propaganda.**» Klaus Gehrke über die Anfänge des Wunschkonzerts im deutschen Rundfunk.

## Freitag, 27. Oktober

8.30 SWR: «**Spekulieren mit Lebensmitteln.**» Beate Krol über Spielregeln der Agrarbörsen.

10.00 DLF: «**Nach 100 Jahren ausgehört?**» Zur Zukunft des Radios.

15.00 SWR: «**Schwarze Kanäle.**» Piratenradios in der DDR. Feature von Thomas Gaevert.

20.00 DLF: «**Der Prepper in mir.**» Mein Selbstversuch pünktlich zum Weltuntergang. Feature von Frank Odenthal.

21.00 SRF 2: «**Jazz Collection.**» Sister Rosetta Tharpe, Godmother of Rock and Roll.

22.30 SWR: «**Typisch Familie und zehn brillante Frauen.**» Philipp Oehmke und Andrea Brill auf der Frankfurter Buchmesse.

**DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!**

# Ironie und Betroffenheit

«Das Packeis vermüllern» von Anja Nora Schulthess befasst sich vor allem mit den beiden Zeitungen «Eisbrecher» und «Brecheisen», die 1980 und 1981 als Organ der Bewegung galten, wobei vor allem der «Eisbrecher» mit seiner Freude an neuen Formen einen bleibenden Eindruck hinterliess.

Koni Loepfe

Die Bewegung, die faktisch mit dem Opernhauskrawall am 30. Mai 1980 offiziell begann, hatte sehr oft eine spontane, ironische, lebensfröhliche Seite, die gerne vergessen lässt, dass die Auseinandersetzungen teilweise sehr hart waren: Innert eines Jahres wurden von der Polizei 3800 Personen verhaftet, was zur Einleitung von rund 1000 Strafverfahren führte, wovon 200 Verfahren vor Gericht kamen und es auch zu Gefängnisstrafen kam. Etwa für Fredy Meier, der in der berühmten TV-Sendung als Herr Müller mit der Forderung nach härteren Strafen die damalige Stadträtin Emilie Lieberherr zur Raserei trieb. Er und seine Partnerin verweigerten die vorgesehene Rolle als Aufmüpfige, trieben als Bünzlis die anderen Teilnehmer:innen zur Weissglut. Sie spielten damit eine Facette aus, die stark zur Bewegung gehörte und vor allem zum «Eisbrecher», dem «Unorgan der Bewegung», wie Giorgio Bellini ihn nannte, Ironie durch die Übernahme der anderen Position in einer überbetonten Form. Ein schönes Beispiel dafür: «Es entspricht nicht der Wahrheit, dass das Warenhaus Globus mit der Streichung des halben Inseratenvolumens beim «Tages-Anzeiger» Einfluss auf die redaktionelle Linie der Zeitung in Sachen Zürcher Jugendunruhen nehmen wollte. Richtig ist vielmehr, dass sich die Direktion des Globus wegen der unaufhaltsam steigenden Gewinnzahlen gezwungen sah, verschiedene Massnahmen zur Senkung des Kundenzuwachses zu ergreifen.»

Der «Eisbrecher» nahm so einen Fakt auf, der auch für seine Existenz eine zentrale Rolle spielte. Die Standpunkte der Bewegung hatten medial kaum eine Chance. Bei der NZZ aus inhaltlichen Gründen nicht, beim «Tages-Anzeiger», bei dem einzelne Redaktor:innen (wie etwa Erich Schmid) durchaus Sympathien oder zumindest Interesse zeigten, intervenierte ein Teil der Inserenten, was für eine Zeitung, die damals zu rund 80 Prozent von den Inserateneinnahmen lebte, eine wirksame Drohung war. Beim Fernsehen war es die politische Grundstimmung des Kalten Krieges, der Beiträge, in denen Vertreter:innen der Bewegung zu Wort kamen, verhinderte oder in letzter Minute zensurierte. Wollte die «Bewegung», die es ja als

Organisation nicht gab, für sich selber ein Medium haben, in dem etwa zu Vollversammlungen oder Demos aufgerufen werden konnte, oder in dem Standpunkte einer breiten Öffentlichkeit erklärt werden sollten, musste sie sich dieses Organ selber schaffen.

Das geschah mit zwei Wochenzeitschriften, dem «Eisbrecher» und der indirekten Nachfolge «Brecheisen», wobei sich die beiden Zeitungen markant voneinander unterschieden. Der «Eisbrecher» wurde vom Kern einer Redaktion gesteuert, die aus Personen bestand, die bereits 1968 dabei waren, aber das Neue an der Bewegung als Befreiung schätzten. Zudem beteiligten sich etliche, die Freude an formalen und sprachlichen Experimenten hatten, wobei sie durchaus Wert darauf legten, für alle verständlich zu sein. Giorgio Bellini dazu: «Wir trieben gerne Scherze.» Ein beachtlicher Teil der Kernredaktion kannte sich persönlich sehr gut und hatte miteinander die Hellmutstrasse erobert. Der Schwung des «Eisbrechers» kam auch davon, dass für die Beteiligten von Anfang an klar war, dass nach zehn Nummern Schluss sein sollte. Die Zeitung kam zudem in der Zeit heraus, als das AJZ geschlossen war und sie so die Bewegung zusammenhalten musste, was nur teils der Absicht der offenen Redaktion mit einem konstanten Kern entsprach.

Nach der zehnten Nummer war Schluss, und Theo Bünzli übernahm die Verantwortung für die Nachfolge «Brecheisen». Was ihm sehr rasch viel Ärger einbrachte: Die zweite Nummer mit dem Kopf von Emilie Lieberherr auf dem nackten Körper einer Frau wurde von der Polizei beschlagnahmt. Sie ging sowieso sehr rabiat gegen «Brecheisen» vor. Inhaltlich kam hier die junge Generation viel deutlicher zum Zuge, Betroffene auch aus der Heim- und Knastbewegung äusserten sich mit Erlebtem und klagten an. Mit Betroffenheit und Frust statt Lust und Ironie könnte man den Unterschied bezeichnen. Was auch mit dem Zustand der Bewegung zusammenhing: Polizei, Politik und die Drogen führten zum Niedergang. Zurück bleibt allerdings neben einer gewandelten Stadt (meist in Form von Konsum) ein sehr vergnügliches Buch mit Interviews mit vielen Personen, die heute in der Stadt immer noch aktiv sind. Anja Nora Schulthess: **Das Packeis vermüllern.** edition 8 2023, 226 Seiten, 25.90 Franken.



# Krimi der Woche

Fränzi Fürst zügelt als Frischgeschiedene mit ihren beiden Kindern von Wien zurück in ihre Heimat Murtal in der Steiermark. Sie wird dort Chefin der Polizei und erhält gleich einen schwierigen Fall: Ihre ehemalige Lehrerin liegt im Wachkoma im Spital, nachdem sie am Fusse eines Wasserfalls gefunden worden war. Nicht nur Fränzi weiss, dass ihre ehemalige Lehrerin unter krasser Höhenangst litt und kann sich somit nicht vorstellen, dass sie freiwillig den Weg zum Wasserfall betrat. Völlig aus der Welt geschafft wird der Glaube an einen Unfall durch einen zweiten Mordversuch im Spital: Ihre Schläuche wurden so demontiert, dass es nur Absicht sein konnte. Nur sieht Fränzi Fürst absolut kein Motiv für den Mord; bis ihr eine Affäre ihres Mannes mitgeteilt wird. Die Lesenden wissen insofern etwas mehr, als die Lehrerin Marion in kurzen Kapiteln ihre Gedanken, die sie nicht aussprechen kann, ihnen mitteilt.



Zudem hat die Kommissarin längst nicht immer Zeit, sich mit dem Mord zu beschäftigen. Ihre pubertierende Tochter sehnt sich nach Wien und auch ihrem Vater zurück. Dass er seine Ehefrau dauernd betrog, weiss sie nicht. Zudem taucht der Exmann Nick wieder auf. Er hat sich nach Graz versetzen lassen, um seinen Kindern näher zu sein und wird als LKA-Mitarbeiter samt seiner neuen Freundin zur Mordaufklärung nach Murau abgeordnet. Bei der dortigen Polizei arbeitet auch Max, die grosse Jugendliebe von Fränzi: Eine Liebe, die gegenseitig noch immer am Glühen ist, von der aber nicht sicher ist, ob sie nochmals auflodert. Zudem hat sich Fränzi böse das Bein verstaucht und muss sich noch mit ihrem Vater, einem sturen Patriarchen und Bauer herumschlagen. An seinem Stall wurden merkwürdige Zeichen mit Blut gepinselt, wobei das Blut von gerissenen Schafen stammt.

Um die Geschichte noch komplizierter zu gestalten, tauchen immer wieder Versatzstücke aus dem Dritten Reich auf, in dem eine Freundschaft von einem jüdischen Mädchen mit einer Nichtjüdin zerrissen wurde. Was Auswirkungen in die Gegenwart hat. Die Autorin packt etwas gar viel in die Geschichte hinein, es geht auch nicht ganz auf, aber das Buch mit seinen Figuren ist trotzdem gut lesbar. kl.

Jennifer B. Wind: **Wasserfallsturz.** Servus Verlag 2023, 381 Seiten, 24.90 Franken.



Bruchteile von Sekunden entscheiden bei Termingeschäften über Gewinn oder Verlust, während der Faktor Zeit bei den Endverbraucher:innen eine gänzlich andere Komponente darstellt. (Bild: Andreas Gursky: «Chicago Board of Trade III», 1999/2009. Andreas Gursky/Courtesy Sprüth Magers/ProLitteris Zürich)

# Multidimensional

In sechs Kapiteln zerstört die hier federführende Kunsthaukuratorin Cathérine Hug die individuelle Illusion, schon eine ungefähre Ahnung davon zu haben, was denn Zeit wäre. Zum Glück schickt sie die Erklärung voraus, dass es selbst den Wissenschaften bis dato nicht gelungen ist, das Phänomen Zeit zu ergründen. Der einfacheren Zugänglichkeit halber ist es ratsam, beim Besuch die vermeintlich verkehrte Richtung einzuschlagen.

Thierry Frochoux

Das letzte Kapitel «Eigenzeit» ist das am stärksten intuitiv erfassbare, weil die dort versammelte zeitgenössische Kunst am nächsten zur realen Lebenserfahrung steht. Der Hintersinn von San Kellers Einladung etwa, sich zu ihm auf eine Pritsche zu legen, während er einen auf Kopfhöhe aus einem Fernseher ebenfalls liegend in die Augen

schaute und zum Wettstreit einlädt «wer schläft zuerst», lässt sich sogar auch ohne aktive Teilhabe ergründen. Alle kennen das Gefühl einer überbordenden Aufregung am Vorabend einer Prüfung, einer grossen Reise oder in Kinderjahren vor der Bescherung, die einem den Schlaf raubt. Der Verstand und die Vernunft verlangen nach einer

Ausgeruhtheit, also das unmittelbare Einschlafen per Knopfdruck, derweil das Gedankenkarussell zielstrebig exakt dagegen anläuft. Patt. Auf einer ergänzenden Ebene kommt der ganze Nonsens der Fragestellung hinzu, der einem herkömmlich für natürlich gehaltenen Empfinden zuwiderläuft. Denn, wenn schon Wettstreit, dann doch eher, wer

bleibt länger wach. Und schon ist die beabsichtigte Verunsicherung komplett.

Noch schneller landet dort nur, allerdings dort auch härter aufschlagend, weil die Charmeabfederung entfällt, wer sich an den Wegweiser hält und mit dem Kapitel «Deep Time» den Ausstellungsrundgang beginnt. Hier gehts um Astrophysik, Relativitätstheorie und Weltraumteleskope, die Jahrtausende in die Vergangenheit blicken, also letztlich um uns nur sehr schwer vorstellbare Dimensionen. Alles Dinge, die ein Durchschnittswissen als existierend anerkennen und sich streckenweise sogar darum bemühen kann, im Ansatz irgendetwas davon begreifen zu wollen, aber zum Wohl der eigenen Frustrationsschwelle sollte der davon durchaus angespornte Forschungsdrang aktiv im Zaum gehalten werden. Denn begreifen lässt sich vieles davon kaum. Es geht in diesem Kapitel gemäss der am Cern (Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire) für das Kunstprogramm verantwortlichen Kunsthistorikerin Mónica Bello um die Schnittstelle zwischen Kunst und Wissenschaft. Wenn in der Grundlagenforschung die Frage etwa lautet, wie überhaupt eine Idee entsteht, ergeben ihre Ausführungen im Katalog sehr wohl Wort für Wort eine Art von Sinn, die Bedeutung davon, insbesondere die daraus folgende Konsequenz indes sprengt letztlich die eigene Vorstellungskraft. Katie Paterson stellt mit «Time Pieces (Solar System)» neun Uhren auf, deren Sekundenzeiger kaum voneinander unterscheidbar verschieden schnell laufen. Sie stehen für die acht Planeten und den Erdenmond und thematisieren «das Wechselverhältnis zwischen Anziehungskraft und Sonnenumlaufdauer, wobei die unterschiedlichen Ganggeschwindigkeiten die jeweiligen Längen eines Tag-Nacht-Zyklus anzeigen», wie in der Erläuterung nachzulesen ist. Der Versuch einer Überprüfung mit Blick auf die eigene Uhr führt höchstens in die Verzweiflung.

### Spekulativ, manipulativ

Sehr viel eingängiger fassbar ist wiederum das Kapitel «Messbare ökonomische Perspektive». Andreas Gurskys Fotografie «Chicago Board of Trade III» etwa zeigt der Ring der weltältesten Börse, die ihren Ursprung im Getreidehandel hat und wo noch heute rund 80 Prozent des Termin- und Optionshandels von Grundnahrungsmitteln abgewickelt werden. Hier entscheiden Sekundenbruchteile über Megagewinne oder -verluste, während der Faktor Zeit bei den Hersteller:innen, vor allem aber auch bei den Endverbraucher:innen weltweit eine gänzlich andere Komponente darstellt. Bei einem US-Dollar pro Tag Nahrungsmittel für eine Familie beschaffen müssend, entscheidet diese in mehrerlei Hinsicht ferne Spekulation darüber, wie viele Münder damit heute für wie viele Stunden satt gemacht werden können. Eine Ecke verweist auf Tim Zulaufs Theaterprojekt «Börsen handeln» (P.S. vom 14.1.22), worin er eine Annäherung an die Rocket-Science des Hochfrequenzhandels zu ermöglichen suchte. Der Sprung in die «Politische Dimension» von Zeit liegt auf der Hand

und ist auch kurz. Hier sticht etwa die französische «Taschenuhr mit Revolutions-Zifferblatt» um 1793/95 in einer Vitrine ins Auge. Die damalige Bestrebung, auch die Zeiterfassung zu revolutionieren und in ein Dezimalsystem zu überführen, vergegenwärtigt das im Katalog von der Uhrenhistorikerin Monika Leonhardt ausgeführte ewige Ringen um die Hoheit der Zeitbestimmung. Einerseits im Duell zwischen Julianischem und Gregorianischem Kalender um 1800, zuvor aber noch allein durch technisch bedingte Unmöglichkeit, die Unregelmässigkeit des Sonnentages aufgrund der elliptischen Umlaufbahn und der Neigung der

## Das Pendeln zwischen kryptisch und zugänglich rührt daher, dass Werke präsentiert werden, die sich im Grenzbereich des Fassbaren bewegen, ja beinahe schon auf der Ebene des Orakels in eine Zukunft zielen.

Erdachse in eine präzise Allgemeingültigkeit zu überführen. Zuletzt ist die von Grossbritannien ausgehende Unterteilung der Welt in Zeitzonen mit dem Nullpunkt in Greenwich bei London auch eine weltumspannende Machtdemonstration, was gerade heute in der kolonialismuskritischen Neubewertung der Geschichte Fragen von grundlegender Natur aufwirft. Als gewichtiges, wenn nicht beinahe gedankenleitendes Werk für die Vorbereitung der Ausstellung benennt Catherine Hug die Dissertation von Florian Eitel «Anarchistische Uhrmacher in der Schweiz», wovon sich auch Cyril Schäublin vier Jahre später für den Film «Unruhe» (P.S. vom 18.11.22) inspirieren liess. Die beiden weiteren Kapitel «The Information Superhighway» und «Biologische Perspektive» pendeln jeweils zwischen kryptisch und zugänglich. Das rührt vor allem daher, dass auch hier Werke präsentiert werden, die sich im Grenzbereich des Fassbaren bewegen, ja beinahe schon auf der Ebene des Orakels in eine Zukunft zielen, von der sich noch gar nicht sagen lässt, ob sich diese Vorhersage tatsächlich dergestalt auch entwickeln werde. Aktuell stützen sich die Entwicklungsthesen auf zahllose Anzeichen, die per Ausschlussverfahren und Wahrscheinlichkeitsrechnungen, ausgehend vom aktuellen Stand des Irrtums, also auch exakt dadurch letztlich beschränkt, eine Fragestellung entwickeln, deren Beantwortung wiederum spekulativ ist. Zwei darin ausgestellte organische Zeitstrahlen – Sinzo Aanzas «La carte des choses possibles» und Daphné Le Sergents «Codex de 2031» – weisen, eine historische Unterdrückung und Ausbeutung kennend, recht direkt eine Veränderung einfordernd, in eine potenziell hoffnungsfrohe Zukunft.

### Physisches Erleben

Was diese museenüberspannende Zusammenarbeit, u.a. mit dem Musée international d'horlogerie in La Chaux-de-Fonds und mehreren Fachpersonen für Technikhistorie, Physik, Biologie u.v.m. prima herausarbeitet und sowohl erfreulich wie auch latent unangenehm in eine regelrecht physische Erfahrbarkeit zu überführen versteht, ist, die Multidimensionalität dessen, was wir gemeinhin unter dem Begriff Zeit versammeln: Der potenziell unaufhaltsame Zerfall eines Kunstwerks, das interessierte Vertrödeln während des Prozesses des Verstehensuchens, die historische Bemühung um mechanisches Erlangen grösstmöglicher Genauigkeit in der Messung und die daraus erwachsenden Gerätschaften, der ironische Bruch mit der Konvention einer möglicherweise viel zu eindimensionalen Vorstellung dessen, was ein sogenannt rechtschaffenes Leben denn ausmache. Die Einladung zur aktiven Teilhabe, etwa auf einem Podest mit zwei Zubern eine «One Minute Sculpture» nach Erwin Wurm darzustellen oder sich gar in Relation zu Ai Weiweis Paar Handschellen aus Jade von der Mehrfachinstallation der an schweren Ketten von der Decke hängenden Handschellen «für die Dauer von mindestens 30 Minuten» durch das Kunsthauspersonal anketten zu lassen und derweil selbst Teil der Ausstellung zu werden, ist bislang gemäss einer nicht repräsentativen Umfrage bei der Saalaufsicht (noch) nicht auf überbordendes Interesse gestossen. Die Einladung von Monica Bonvicini indes steht.

«Zeit. Von Dürer bis Bonvicini», bis 14.1.23, Kunsthaus, Zürich. Katalog bei Snoeck.



Die Darstellung des Innenlebens einer (automatischen) Uhr ist ein seltenes Sujet der Malerei. (Natalja Gontcharowa: «Die Uhr», 1910. Staatliche Museen zu Berlin, Nationalgalerie, Foto: bpk/Nationalgalerie/Jörg P. Anders/ProLitteris)

# Jenseits von 9 Millionen

Ich kann nichts anfangen mit dem Gemjammer über die 9-Millionen-Schweiz. Ja, die Züge sind manchmal voll, aber nach einem Vierteljahrhundert Pendeln zwischen Züri und Winti muss ich sagen: Das waren sie schon zur Zeit von 7 Millionen. Auch ein Gemoschte am Morgen und am Abend kann die Tatsache nicht überdecken, dass der Gesamtauslastungsgrad der SBB bei nur einem Drittel liegt. Wer auch in Stosszeiten unbedingt freie Plätze will, will daher auch einen tieferen Deckungsgrad. Und das ist eine Kostenfrage, oder in leichter Sprache: Sauteuer. – Andere Probleme der 9-Millionen sind hausgemacht, etwa wenn das bürgerliche Parlament alle wissenschaftlichen Fakten ignoriert und grad mal wieder Autobahnen verbreitern will. Es handelt sich da – pardon, wenn ich offene Türen einrenne, aber die in Bern haben das nicht kapiert – um einen klassischen Reboundeffekt, um ein Gesetz aus der Systemtheorie, das sehr vereinfacht besagt, dass mehr Strassenangebot auch mehr Strassennachfrage generiert. Solche Effekte sind keine Frage menschlicher Unzulänglichkeit, sondern sie laufen zwingend ab, weil die Anreize entsprechend gesetzt werden: Ich sehe, dass mehr Kapazität vorhanden ist, also benutze ich sie auch. Und weil wir das alle tun, sind wir flugs wieder Stau. Wer Strassen sät, wird Verkehr ernten. Auch ohne Bevölkerungszunahme.

Noch falscher wird's, wenn behauptete Folgen der Bevölkerungsentwicklung, «die gefährdete Stromversorgung, die schlechtere Qualität unserer Schulen und die zunehmende Kriminalität» (Blocher – puh, dieses Herrliberg muss ja die pure Hölle sein!), entweder gar keine sind, oder dann schlicht die Folgen einer falschen Politik, die man auch lassen könnte. Wenn die Bauernsame Nahrung für Tiere statt für Menschen anbauen will, wenn die bürgerlichen Mehrheiten weiterhin fossile Energieträger unterstützen, wenn nicht mal bestehende Gesetze zur Kostenmiete korrekt vollzogen werden, oder wenn die bürgerlichen

Kilo essbare Lebensmittel fortschmeisst, ist krank. Über Wohnungsnot zu klönen, derweil die institutionellen Investoren unverblümt sagen, es sei nicht ihre Aufgabe, mehr günstigen Wohnraum zu bauen, sondern möglichst hohe Renditen zu erzielen, ist zynisch. Oder Wahlkampf.

Eine 9-, ja auch eine 10-Millionen-Schweiz ist möglich, das steht ausser Frage. Ob sie nötig ist, das steht auf einem anderen Blatt. Dazu müsste man sich zur Abwechslung mal über Ziel und Zweck von Wachstum unterhalten. Wer aber polemisch nur auf die schiere Zahl zielt oder rassistisch auf die Art der Zuwanderung, lenkt ab von den eigentlichen Fragen: Wie wollen wir uns entwickeln? Wie verteilen wir die Güter gerecht? Wie gehen wir mit Knappheiten um? Wie mit der Demografie? Und wie war das nochmals mit der nachhaltigen Entwicklung, Netto-null und weiteren Sonntagspredigten? Das alles sind nämlich Fragen, die auch eine 3-, 5- oder 7-Mio-Schweiz beantworten müsste. Wir haben zu viele Reformstaus, nicht zu viel Zuwanderung. – So, und nun, hopp, ab mit Ihnen an die Urnen! Und wählen Sie ums Himmels Willen weise!

## Wir haben zu viele Reformstaus, nicht zu viel Zuwanderung.

Lobbyisten in der Gesundheitskommission alle Ansätze zur Prämienenkung vereiteln, dann muss man halt die Schuld der Zuwanderung in die Schuhe schieben, weil man ja irgendwie vom eigenen Versagen ablenken muss. Über Strassenausbauten zu debattieren in einer Gesellschaft, in der (zu) viele Autofahrten überflüssig sind, ist pervers. Über die mangelnde Lebensmittelselbstversorgung zu jammern in einer Gesellschaft, die pro Kopf mehr als 330



Markus Kunz

Reklame

**FÜRS KLIMA GRÜNE WÄHLEN**

AM 22. OKTOBER IN DEN NATIONALRAT  
DANIEL LEUPI IN DEN STÄNDERAT

**GRÜNE LISTE 3**

V.L.N.R.: MERET SCHNEIDER, BALTHASAR GLÄTTLI, KATHARINA PRÉLICZ-HUBER, BASTIEN GIROD, ANNA-BÉATRICE SCHMALTZ, DANIEL LEUPI, MARIONNA SCHLATTER